

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophtstraße 101, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro 3spaltige Zeitspalte 20 Pf.,
für Werbungsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 45

Stuttgart, den 10. November 1900

16. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei unserem Verband betheiligten Verufe durchaus zuverlässig festzustellen, sollen am Ende dieses Jahres **statistische Erhebungen** vorgenommen werden. Diese Erhebungen haben wir diesmal in drei Arten vorgesehen: direkte Auskunfterteilung durch die einzelnen Verusangehörigen (Arbeiter und Arbeiterinnen), Werkstattaufnahmen und Dtsauskünfte.

Die direkte Auskunfterteilung der einzelnen Personen geschieht durch deren Beantwortung der auf dem „Personenfragebogen“ enthaltenen Fragen. Die örtlichen und Gaubevollmächtigten werden deshalb ersucht, dafür zu sorgen, daß die Fragebogen in die Hände möglichst aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinder-, Kontobuch- und Umirbranche, der Portefeulle-, Album-, Gluis-, Kartonna-, Luruspapierwaaren- und Ledergalanteriewaarenindustrie gelangen. Zu jedem Fragebogen wird ein Kouvert gegeben, in welchem die die Fragen beantwortende Person ihr ausgefülltes Formular verschlossen zurückgeben kann. Von den örtlichen und Gaubevollmächtigten werden die zurückgehaltenen und im Kouvert verschlossenen Fragebogen uneröffnet dem Verbandsvorstand wieder zugestellt, welcher die Zählung und Zusammenstellung besorgen wird.

Der „Werkstattfragebogen“ soll in jedem Geschäft von einer Vertrauensperson ausgefüllt werden. Die ausgefüllten Bogen nehmen die örtlichen und Gaubevollmächtigten wieder entgegen zwecks Zustellung an den Verbandsvorstand. — Der „Ortsfragebogen“ ist von den Bevollmächtigten nach eingeholten genauen Informationen auszufüllen und ebenfalls dem Verbandsvorstand dann zu übermitteln.

Der Versandt der Fragebogen an die Adressen der Zahlstellen und Gaubevollmächtigten erfolgt in den nächsten Tagen. Sollten mehr Formulare als gesandt wurden, benötigt sein, so ersuchen wir um möglichst rasche Benachrichtigung.

Die Zurücksendung der ausgefüllten Bogen soll bis 15. Dezember ds. J. erfolgen.

2. In Plauen i. Vogtl. kann von jetzt ab Unterstützung bezogen werden.

3. In Lahr i. B. ist eine Zahlstelle gebildet worden. Von wann ab daselbst Unterstützung bezogen werden kann, wird später bekannt gegeben.

4. Die Zahlstelle Biegnitz ist eingegangen, Unterstützung kann daselbst nicht mehr zur Auszahlung gelangen.

5. Ausgeschlossen nach § 14 b des Statuts wurden in Leipzig:

Männliche Mitglieder:

12323 Heinrich Wolf, geb. 9. 5. 71 in Merseburg.
30414 Albin Dertel, geb. 10. 4. 78 in Gönkwitz.
22164 Franz Reinhold, geb. 4. 10. 49 in Leipzig.
23821 Albert Streicher, geb. 12. 11. 37 in Frankfurt.
25246 Bruno Wirth, geb. 28. 1. 61 in L.-Neureudnitz.

Bei den in Nummer 43 des Organs veröffentlichten Ausgeschlossenen muß es statt Haring und Schimmerlich heißen Haring und Schimmerich.

Weibliche Mitglieder.

25308 Auguste Kunze, geb. 26. 12. 74 in Wartenburg.

25359 Louise Schönherr, geb. 28. 4. 74 in Neuschönefeld.

25360 Bertha Schönherr, geb. 20. 8. 77 in Neuschönefeld.

Der Verbandsvorstand.

I. A.: A. Dietrich.

Der neue Tarif.

II.

An den ersten, gleich nach der Einigungskonferenz stattgefundenen Beratungen nahmen die Stuttgarter Delegierten und nach diesen zwei Berliner Kollegen Theil, doch handelte es sich bei diesen Sitzungen nur um die ersten Positionen des Tarifs: „Vorrichtarbeiten“. Die Dauer der Beratungen machte es den Berliner und Stuttgarter Kollegen unmöglich, den ganzen Tarif mit durchzuberathen und mußte dies daher die Leipziger Kommission mit Hinzuziehung tüchtiger Branchenvertreter allein bewerkstelligen.

Es fanden die ersten drei Tage nach der Konferenz täglich zwei Sitzungen in der Gesamtdauer von 7 1/2 Stunden, bei Wiederaufnahme der Arbeit durch sieben Tage von Nachmittag 4 bis Abends 9 Uhr und nach dieser Zeit täglich eine Sitzung von Abends 7 bis 10 Uhr statt. Die letzte Woche tagten, um bis 15. Oktober fertig zu werden, allabendlich zwei Kommissionen. Wenn der Termin nicht eingehalten wurde, so liegt dies an dem Umfang des Tarifs, an der gewaltigen Arbeit, die dieser erforderte. Selbstverständlich ist ja, daß die Prinzipale nicht gleich zu jeder von uns gestellten Position ja sagten und umgekehrt war es daselbe. Wenn, wie es scheint, der Tarif auch am 1. November noch nicht in den Händen der Kollegenschaft ist, so liegt dies zum Theile daran, daß bis Ende Oktober die Kollegen fortwährend wieder Änderungen wünschten, heute einen Satz hinein und morgen einen heraus haben wollten und so mit dem Drucke nicht begonnen werden konnte. Zum größten Theile liegt jetzt die Schuld an der Druckerei, der man die Fertigstellung, weil erste Vorlage hergestellt, überwiesen hat.

Hoffentlich beständig sich hier das alte Sprichwort: Was lange dauert wird gut. Nun zu den Einzelpositionen. Bei „Karten brechen“ sind die Preise erhöht, neu eingefügt wurde: „Karten auf starkem Papier 10 Prozent Zuschlag.“ „Bilder, Karten oder Blätter kleben wurde durch Schaffung neuer Positionen verbessert, die Preise zum Theile erhöht. Es ist hier zunächst:

„Doppelte Blätter oder Titelbilder“, die nach dem alten Tarif wie „einfache“ bezahlt wurden, wurden erhöht, neu hinzu kam „Seidenpapier, Florpost mit Konturendruck 33 1/3 Prozent mehr“, „Seidenpapier in Bogen kleben 10 Prozent mehr“, „in Bogen einkleben und zunnachen“ ebenfalls 10 Prozent, und was bis jetzt größtentheils gar nicht bezahlt wurde: „Blätter wenden ist wie Bogen aufschneiden zu berechnen.“ „Vorsatz auf Bogen kleben“ ist ebenfalls eine sehr notwendige Neuposition. „Leinwandfalte an Schlußblätter, nicht

angehangene Leinwand anschmieren“ ist auch neu, dürfte jedoch selten vorkommen. „Gebrochene Karten kleben“ ist erhöht worden. „Anhängen und Umbrechen“ hat neben einigen Erhöhungen der Preise eine bedeutende Erweiterung und verständlichere redaktionelle Aenderung erfahren. Eine sehr notwendige Neuposition ist hier: „Papierstreifen einlegen und herausnehmen wie kleben“, eine Arbeit, die bis jetzt wohl Viele umsonst machen mußten. Bei „Patentfälsche“ ist „Schirtingfälsche schneiden bis 1000 Stück“ etwas erniedrigt, „doppelte Patentfälsche machen“ bei den letzten 4 Formaten um 25, 50 und 100 Pf. erhöht, im Uebrigen der Durchschnitt der alten Tariffälsche festgesetzt.

„Karton oder Karten an Patentfälsche hängen“ ist theilweise etwas erniedrigt, neu: „Steg einkleben bei Prachtwerken“ und „Steg einkleben bei Musterkarten“.

Bei „Einstecken“ ist Format 11 (das größte Großformat) um 5 Pf. erhöht, bei den größeren Formaten der Durchschnitt der alten Säge.

Neu: „Bogen von gebrochenen Karten oder Bildern oder Bildern mit Seidenpapier 20 Prozent Zuschlag.“

„Zusammentragen“ sind Preise für Arbeiterinnen festgesetzt und im Durchschnitt etwas erhöht, neu eingestellt: „Einzelne Blätter oder Karten auseinandertragen“, „gefaltete Bücher kompletieren“, „Bogen abzählen und durchsehen“ und „Titel und Ende vorlegen.“

Bei „Gerabestochen und Einpressen mit Auspressen“ bleiben im Durchschnitt die alten Säge. „Bücher ausreißen“ ist mit Zustimmung der Gehilfen bei Quart (geholländerl) etwas erniedrigt, die Folio- und Großfoliopreise im Durchschnitt nach der Gehilfenvorlage angenommen. Der Umschlag zählt als Bogen. Bei „Walzen“ ist Format 12 (das kleinste Quart) um 2 Pf. erniedrigt, das größte um so viel erhöht.

„Ein sägen“ ist „mit der Hand“ durchgehends erhöht, „mit der Maschine“ starkes und Wellpapier erhöht und neu: „Ungewalzte Bogen 15 Prozent Zuschlag“. „Kollationieren“ behält im Durchschnitt die alten Preise, ebenso „Titel und Ende anlegen“.

Wenn nicht ihre ganze Vorlage, so doch aber ganz bedeutende Preiserhöhungen und Verbesserungen haben sich die **Hefterinnen** errungen; die Preise sind fast durchgehends erhöht und seien hier nur die wichtigsten Neupositionen angeführt. Da ist zunächst bei „Bände heften“: „Für jeden eingesteckten Bogen 5 Pf. mehr“; bei „Drahtheftmaschine“ ist die Bogenkala insofern zu Gunsten der Hefterinnen geändert, als es jetzt heißt: „Bei Büchern über 16 bis 22 Bogen statt 16 bis 20; gleichzeitig wurden bei dieser Position für die letzten beiden Großformat und Quart die geforderten, bei Folio noch höhere Preise erzielt als die Gehilfenvorlage hatte. „Halbe Bogen schwaches Papier“ wird nicht mehr nach Uebereinkunft bezahlt, sondern es sind hier für jedes Format die Zuschläge festgesetzt. Für Doppelbogen bleibt es bei Büchern über 22 Bogen 10 Prozent mehr.

„Für aufgeschchnittene, sowie eingestechte Viertelsbogen“ (bei Rückstück) giebt es pro 1000 5 bis 10 Pf. mehr. „Umschlag zählt als Bogen.“

„100 Bücher Vorsatz anlegen 30 Pf.“ (gemeint ist nicht angehängenes Vorsatz), dürfte selten vorkommen. Bei Zwrnhestmaschine sind die Verbesserungen, Erhöhungen, Prozentzuschläge u. s. w. wie bei der Drahtheftmaschine. Neu ist hier noch: „Bogen ohne Gaze, mit und ohne Hölzer einlegen.“

Eine vollständig neue Position ist: „Bogen und Broschüren heften“ (Universalmaschine, Klopfer) und sind hier bis auf „geleimte Bücher“ die Preise und Sätze der Gehilfenvorlage angenommen worden.

Bei „geleimte Bücher seitlich heften“ ist statt Bogen „Millimeterstärke“ angegeben und werden daher unsere Kolleginnen gut thun, wenn sie (um sich nichts vormachen zu lassen) sich eine ordentliche „Schmiege“ besorgen.

NB. Die dem Tarif beigegebene Formattkala sollte nicht aufgezogen werden, da sich dieselbe zu Ungunsten der Kollegen und Kolleginnen zieht. Am besten, wenn bloß aufgespannt.

Wo bleibt der neue Tarif?

Der neue Akkordtarif läßt lange auf sich warten! Wie oft ist ihm nun schon in der Zeit unserer Bewegung sein Geburtstag prophezeit worden, aber immer erwies sich der angesehene Tag seines Erscheinens als ein Trugschilde.

Der Tarif konnte bis heute noch nicht eingeführt werden, er liegt heute noch nicht gedruckt vor; die Akkordarbeiter fragen bisher vergebens nach den für sie erzielbaren Vorteilen der diesjährigen Lohnbewegung; — es ist bereits eine Unzufriedenheit und Gärung unter ihnen. Und in der That, es wird eine hohe Anforderung an ihre Langmut gestellt! Wir befinden uns im Monat November, die Saison geht zur Neige, die Arbeit läßt nach — und noch immer ist vom Akkordtarif nichts zu spüren, er ist noch nicht sichtbar, obgleich nach den so oft vorhergehenden Erscheinungstagen der 1. November endgiltig zu seiner Einführung bestimmt war.

Wir wollen nicht verkennen, daß die Ausarbeitung längere Zeit beanspruchte; eine Durchberatung jeder einzelnen Position eines so umfangreichen Tarifs beanspruchte allerdings mehr Zeit, wie Mancher glaubte, und die Fertigstellung verzögerte sich. Nunmehr sind die Beratungen aber beendet und die Drucklegung und der Versandt könnten doch etwas mehr forciert werden. Um den Kollegen etwas Bestimmtes sagen zu können, richtete der Verbandsvorstand an die Prinzipalvereinigung eine telegraphische Anfrage, um eine bestimmte Auskunft über die Fertigstellung des Tarifs geben zu können. Darauf erfolgte auf demselben Wege die Antwort: „**Tarif am 10. November fertig!**“

Nach den bisherigen Verzögerungen und nicht eingehaltenen Versprechungen kam nun wohl die Frage auf: „Ist diese Meldung nun endlich einmal zuverlässig?“ Zu wünschen wäre es, sogar absolut notwendig wäre es, nun Wort zu halten, um dem durchaus berechtigten Drängen der Akkordarbeiter Rechnung tragen zu können und die Einführung des Tarifs zu bewerkstelligen.

Geschichtliche Lehren.

Das Zuchttaug-Agitationsstrickgeld von 12 000 Mk., welches der Zentralverband deutscher Industrieller dem Reichsamt des Innern zur Hebe gegen die Organisationen der Arbeiter gespendet hat, hat Tausenden deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen die Augen geöffnet. Wir brauchen über die Sache selbst hier kein Wort mehr zu verlieren; sie ist auch unseren Lesern längst bekannt und das packende Stimmungsbild: hier Zentralstelle der Ausbeuter, dort Zentralstelle der Reichssozialreform, innig verbunden durch den gemeinsamen Haß gegen die organisierten Arbeiter, die zu bekämpfen 12 000 Mk. nur eine Kappalle sind, ist zu wirksam, als daß Worte es noch anschaulicher machen könnten.

Aber der Vorfall hat mit schrecklicher Deutlichkeit den organisierten Arbeitern die furchtbare Gefahr des

Unternehmereinflusses gezeigt. Diese koalirten Unternehmer haben die Regierung förmlich in der Tasche und das Reichsamt des Innern läßt von den Ausbeutern die Kosten der Agitation für ein Gesetz bezahlen, welches die Organisationen der Arbeiter, wie unseren Verband, einfach vernichtet, und die „Mädelsführer“ ins Zuchttaug gebracht haben würde!

Im Zentralverband der deutschen Industriellen — dem reichsten und mächtigsten Verband des deutschen Unternehmertums, dem eine ganze Anzahl weiterer Unternehmervereinigungen angehören — giebt bekanntlich das rheinisch-westfälische Unternehmertum, die Krupp und Genossen, den Ton an, d. h. das schamloseste und brutalste Ausbeutervolk, welches wir in Deutschland haben. Diese Leute haben die Regierung schon so in der Hand, daß sie ihr Gelder für die Agitation gegen die Arbeiterorganisationen geben. Wie es in Deutschland ausfallen würde, wenn es dieser gewissenlosen Ausbeuterfamilie gelänge, die Arbeiterorganisationen aus Mieser zu bringen und der Sozialgesetzgebung Einhalt zu thun, das zeigt uns die Geschichte der Fabrikgesetzgebung in der Domäne dieses Ausbeutertums, in Rheinland und Westfalen. Glend und Verzweiflung würde das Loos der deutschen Arbeiter sein, wenn es diesen Unternehmern gelänge, unsere Organisationen zu zerstören.

In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts war der durch die aufkommende Fabrikindustrie geschaffene moderne Lohnarbeiter noch vollständig ungeschützt gegen jede Ausbeutung. Am schlimmsten stand es damit in dem Colorado der Zwölftausend-Mark-Scharfmacher, in Rheinland und Westfalen. Dort wurden viele Tausende von Kindern zartesten Alters — selbst vierjährige befanden sich unter ihnen — gegen einen Tagelohn von zwei Groschen zu einer Arbeit von 10, 12, ja 14 Stunden und zwar auch zur Nachtzeit herangezogen. „Diese unglücklichen Geschöpfe“, so wurde an die preussische Regierung berichtet, „entbehren des Genußes frischer Luft, sind schlecht gekleidet, schlecht genährt und verbringen ihre Jugend in Kummer und Glend. Bleiche Gesichter, matte und entzündete Augen, geschwollene Leiber, aufgeschwemmte Baden, aufgeschwollene Lippen und Nasenflügel, Drüsenanschwellungen am Halse, böse Hautausschläge und asthmatische Zufälle unterscheiden sie in gesunden Verhältnis zu anderen Kindern derselben Volksklasse, welche nicht in Fabriken arbeiten. Nicht weniger verwahrloht ist ihre sittliche und geistige Bildung.“ Diese Kennzeichnung ihrer verbrecherischen Ausbeutungspraktiken macht aber auf die Vorfahren unserer heutigen Zwölftausend-Mark-Scharfmacher nicht den mindesten Eindruck. 1828 mußte der preussische Generallieutenant v. Horn den damaligen König darauf aufmerksam machen, daß das rheinische Gebiet nicht mehr im Stande sei, das entsprechende Truppenkontingent zu stellen; so stark sei die Bevölkerung durch die Fabrikarbeit körperlich entartet. Die Zustände wurden so schlimm, daß schließlich selbst der rheinische Provinziallandtag eingreifen mußte. Er richtete an den König eine Bittschrift, „den entsetzlichen Mißbräuchen in der Industrie zu steuern“. Die preussische Regierung that denn auch ein Uebriges. Sie verbot die Fabrikarbeit der Kinder — unter neun Jahren, verbot die Nachtarbeit für Kinder von 9 bis 16 Jahren und setzte den Industriellen eine Ausbeutungszeit von täglich 10 Stunden fest. Und selbst das blieb bloß auf dem Papier, denn es waren zur Durchführung „keine ausreichenden Vorkehrungen“ getroffen. Am Ende haben schon damals zwischen den rheinisch-westfälischen Scharfmachern und den Ministern solche angenehmen Beziehungen bestanden und Bueck, Jencke, Krupp und Konsorten haben nur das Erbe ihrer Väter übernommen.

1833 erst that die preussische Gesetzgebung einen ernsthaften Anlauf. Die Kammer nahm eine später in die Gewerbeordnung übergegangene Bestimmung an, nach welcher Kinder vor dem zwölften Lebensjahr überhaupt nicht, 13- und 14-jährige höchstens 6 Stunden am Tage, 15- und 16-jährige höchstens 10 Stunden am Tage in Fabriken beschäftigt werden durften. Diesen Bestimmungen that man beinahe zu viel Ehre an, wenn man sie einen „Anlauf“ zum Arbeiterschutz nennt. Das Wichtigste an der Sache waren denn auch nicht sie, sondern vielmehr die Bestellung von Fabrikinspektoren. Diese zwangen denn hier und da auch die rücksichtslosen Ausbeuter zur Innehaltung der Bestimmungen. Dennoch aber blieben die Verhältnisse noch so furchtbar, daß der liberale Minister v. d. Heydt beim Lesen der Berichte der Inspektoren entrüstet ausrief: „So

mag doch lieber die ganze Industrie zu Grunde gehen!“ Später hat freilich die preussische Regierung das Institut der Fabrikinspektoren wieder gänzlich verfallen lassen. Der verberbliche Einfluß des rheinisch-westfälischen Ausbeutertums ist eben genau so preussisch-geschichtlich wie die Uebermacht des preussischen Junkertums.

Dieses Junkertum hat die Konkurrenz, die ihn von den industriellen Großausbeutern in der Beeinflussung der Staatsmaschinerie drohte, frühzeitig erkannt. Der schamlose Raubbau, der mit der Gesundheit und dem Leben der Industriearbeiter getrieben wurde, blieb Leuten wie Bismarck nicht lange verborgen. So lange er noch nicht Minister, sondern einfacher Junkerabsolventer war, höhnte er denn auch über die Industriellen und führte ihnen die üblen Zustände der Industriearbeiter vor Augen, wobei er es auch nicht unterließ, mit treffender Bosheit darauf zu verweisen, wie diese Industriellen, die Feinde jeglicher Staatshilfe für ihre Arbeiter wären, so eifrig auf Schutzzölle und staatliche Beiträge für Eisenbahnen und ähnliche Gründungen bedacht wären. Was freilich den braven Säkularübermenschen nicht hinderte, als er Reichskanzler war, mit den Industriellen gemeinsame Sache zu machen und eine enorme Belastung des Volkes durch sein Schutzsystem herbeizuführen, ebenso wie er auch ein Feind der Gewerbeinspektion war. Jämmerlich wurde er dabei noch von dem rheinischen Ausbeutertum glänzend übertroufen. Als 1869 der preussische Fabrikinspektor auf den Norddeutschen Bund übernommen werden sollte, schrieben die industriellen Ausbeuter Zeter und Mordio. Sie erklärten, der Bundeskanzler habe doch keine Zeit, die Inspektionsberichte zu lesen! Es wären 500 Fabrikinspektoren notwendig, jeder mit einem Gehalt von 6000 Thalern. Das sei unerschwinglich!

Dieses Ausbeutertum, welches damals in so schamloser Weise die Arbeiterbevölkerung ruinierte und sich jedem Arbeiterschutz widersetzte, ist heute das maßgebende Element im „Zentralverband der deutschen Industriellen“, hat einen großen Einfluß auf die Regierung und bezahlt mit tausenden Mark die Negagitation gegen die organisierte Arbeiterschaft!

Fürwahr, der Arbeiter ist nicht werth, ein Koalitionsrecht zu besitzen, der sich gegenüber dieser kulturfeindlichen Macht nicht organisiert und seine Lebensinteressen schützt!

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Lichte bürgerlicher Kritik.

Von Franz Hill.

Daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung schon längst nicht mehr in stiller Verborgenheit ungelannt und unbeachtet von der weiten Öffentlichkeit emporwächst, das beweisen uns — abgesehen von ihren praktischen Erfolgen — die Vorgänge im bürgerlichen Lager. Durch einen Wall von Hindernissen hat sich diese wirtschaftliche Klassenbewegung des Proletariats durchgerungen und ihre Bedeutung wächst mit der fortgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, und wie man über sie in den verschiedensten Gesellschaftskreisen auch urtheilt — Niemand leugnet deren Macht und Einfluß auf das öffentliche gesellschaftliche Leben. Als Beweis für das Interesse, das die gewerkschaftliche Bewegung in immer stärkerem Maße für sich in Anspruch nimmt, ist in neuerer Zeit wieder ein reichsdeutscher Universitätsprofessor auf den Plan getreten, der sich in eingehender Weise mit gewerkschaftlichen Fragen befaßt.* Werner Sombart, der bereits schon früher durch sein Buch: „Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert“, unter den deutschen Arbeitern bekannt geworden ist, hat es nun neuerdings unternommen, die Kulturmission und vor Allem den natürlichen Entwicklungsengang der Gewerkschaftsbewegung zu beleuchten, wobei der Verfasser die gegenwärtig in gewerkschaftlichen und parteipolitischen Kreisen viel diskutirte Frage der „Neutralität“ besonders beachtenswerth findet und sie gleichsam als Ausgangspunkt eines neuen geschichtlichen Werbens in dieser proletarischen Massenbewegung gelten läßt. „In das Jahr 1868“, sagt Sombart einleitend in dem Kapitel „Zur deutschen Arbeiterbewegung“, „fällt das eigentliche Geburtsjahr der modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Zuerst auf dem Plane erscheinen die Anhänger der internationalen Arbeiterassoziation als anregendes Element. Am 5. September des Jahres 1868 beschloßen die

* Werner Sombart: „Dennoch!“ Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Verlag von Gustav Fischer. Jena 1900.

ihren fünften Vereinstag abhaltenden deutschen Arbeitervereine unter Bebel's Führung und auf Anregung des mit Marx'schem Geiste erfüllten eben nach Deutschland gekommenen Liebknecht den Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation. Da nun diese als einen ihrer Hauptprogrammunkte die Bildung von Gewerkschaften betrachtete, so bedeutete jener Beschluß gleichzeitig eine Erweckung des gewerkschaftlichen Sinnes unter den bis dahin im seichten Wasser schulgelehrter Genossenschafts- und fortschrittlicher Bildungsvereinsmeierei plätschenden Arbeitermassen." Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die gleichzeitig ins Leben traten, fanden bei den Arbeitern nur wenig Anhang, so daß sie heute ebenso bedeutungslos wie ehemals erscheinen. Für die übrigen Arbeitervereinigungen brachte das Jahr 1875 insofern einen mehr einheitlichen Charakter, als eine Verschmelzung der Schweizerischen Gewerkschaften und der internationalen Gewerkschaften, als Folge der Vereinigung der politischen Führergruppen der Lassalleaner und Marxisten, auf dem Kongreß zu Gotha stattfand. Da im Jahre darauf die Internationale Arbeiterorganisation ihre Auflösung fand, so war gleichsam der Weg frei für eine ruhige einheitliche Entwicklung der Gewerkschaften, die sich vollzog, bis 1878 die neue Ära des Sozialistengesetzes die jungen Keime, die die ausgebreitete Saat getrieben hatte, bis auf wenige Ueberreste zerstörte. Freilich, die einmal vorhandenen Wurzeln waren zu kräftig, als daß sie hätten ganz vernichtet werden können. So schwer das Sozialistengesetz auch auf den Vereinigungen der Arbeiterschaft lastet, so beginnt doch in der dunkelsten Zeit des inneren Lebens Neudeutschlands, in der bösen Zeit, in der der hinterpommersche Geist, wie er sich in dem Minister Puttkamer unseligen Angebens rein und unverfälscht verkörperte, in der Zeit des berühmten Streikerlasses eben desselben Polizeiministers, der hinter jedem Streit die Hydra der Revolution lauern sah, — der gewerkschaftliche Gedanke sich kräftig zu entfalten. „Die Geschichte kennt kaum einen besseren Beleg für die Dohnnacht richtigerlicher Polizeimaßregeln“, sagt Sombart, „als die Tatsache, daß allen noch so starken Männern“ aus Hinterpommern und den Nachbargebieten zum Trost in dem Augenblick, als das Sozialistengesetz fiel, schon etwa 350000 gewerkschaftlich organisierte Männer — also sieben Mal so viel als zu Beginn dieser Periode deutscher Geschichte, — kampfbereit unter den Waffen standen.“ Nach dieser Periode gewalttätiger Unterdrückung begann die Periode kleinlicher Chitanisierungen, „an die Stelle der Keulenschläge traten die Nabelstiche.“ Wichtiger aber als all dieses erscheint Sombart die Neuerung auf dem Gebiet der inneren Organisation. Diese vollzog sich auf dem 1892 in Halberstadt stattgefundenen ersten Kongreß deutscher Gewerkschaften, der die neue Organisationsform nach Aufhebung des Sozialistengesetzes schuf und die dann auch mit ihrer Generalkommission an der Spitze einen entschiedenen Fortschritt bedeutete. Daß in der gesellschaftlichen und administrativen Behandlung der Gewerkschaften in Deutschland wesentlich Neues eingetreten ist, betrachtet der Verfasser als einen Segen, der die Dinge zweifellos zur Besserung führen werde. Zur Besserung, denn Sombart ist — obwohl die Verantwortung der Frage, inwieweit die zurückgelegte Bestrebung der gewerkschaftlichen Entwicklung befriedigen könne, vom subjektiven Ermessen abhängig — stark geneigt zu einem pessimistischen Urtheil. Im besten Falle seien es 700000 Arbeiter, die wir in den gewerkschaftlichen Organisationen verzeichnen, wo man 1895 allein in der Industrie 6000000 Arbeiter zählte! Dieser gewaltige Abstand, den wir gegenüber England aufweisen, verurtheilt die Gewerkschaften noch immer zu einer gewissen Dohnnacht und Bedeutungslosigkeit im Reiche des Kapitalismus. Worin liegt aber die Schuld dieser keineswegs befriedigenden Ergebnisse? Herr Sombart zieht da zunächst als Ursache den Mangel an Bewegungsfreiheit durch die Gesetzgebung heran, was ihm aber keineswegs als der einzig ausschlaggebende Grund erscheint, da er ausdrücklich konstatirt: „... ausschlaggebende Bedeutung vermag ich jenen Uebelständen in Gesetzgebung und Verwaltung nicht beizumessen. Sie mögen ein Hinderniß sein, aber kein unüberwindliches. Denn das hat ja gerade die geschichtliche Betrachtung gelehrt: trotz Sozialistengesetz, trotz Puttkamer'schem Streikerlaß ist die Gewerkschaftsbewegung doch vorangekommen. Ja, bis zu einem gewissen Grade wäre man verführt zu sagen: Dank jenen Maßnahmen, denn der Widerstand ist bekanntlich ein wesentliches Moment der Kraftentfaltung.“ (Schluß folgt.)

Zur Extrasteuer.

Die Einführung der Extrasteuer hat in einigen Städten Unwillen erregt. Wenn dieser Unwille sich in den Städten Schlesiens, Thüringens oder Ost- und Westpreußens bemerkbar macht, so könnte man diesen Unwillen berechtigt finden und damit motivieren, daß in diesen Städten noch so traurige Existenzbedingungen vorherrschen, daß es diesen Kollegen schwer fallen würde, den Extrabeitrag aufzubringen. Neuert sich dieser Unwille aber in größeren Städten, noch dazu in Städten, wo eine Lohnbewegung stattgefunden und auch bessere Existenzbedingungen erzielt worden sind, so muß einem das wunderbar erscheinen. Es wird gesagt: eine während der Bewegung eingetretene Anzahl Kollegen, sogenannte Mitläufer, werden in Folge dessen austreten. Diese Kollegen oder Kolleginnen sind auch so nicht zu halten, diese Sorte Menschen wird alle Mal einen Grund finden, um der Organisation den Rücken zu kehren. Und diese Sorte kommt auch wieder, weil sie in Verhältnissen getrieben wird, die sie zwingen, die Organisation wieder aufzusuchen. Es wird weiter gesagt, der Streit hat den Mitgliedern so wie so schon finanzielle Opfer gekostet, er hat von den arbeitenden Mitgliedern (in Berlin) die Woche extra 50 Pf. (Sage und schreibe „fünfundzig“ Pfennig) verlangt. Ja, wenn dieses schon Opfer zu nennen sind, dann wollen wir lieber einpacken. Hier liegt ja eben der Hase im Pfeffer! Der Opfermuth der Arbeiter steht noch auf einem so minimalen Niveau, daß es einem nicht Wunder nimmt, wenn die Fortschritte einer Organisation nicht größer sind. Speziell aus Leberarbeiterkreisen erschallt seit Jahren das Lamento über die hohen Beiträge. Wenn eine Branche verlumpt ist, so ist es diese, und daß es so weit gekommen ist, daran tragen die betreffenden Arbeiter vor allen Dingen selbst die Schuld. Sie sind schuld daran, daß in dieser Branche durch die Hausindustrie so erbärmliche Verhältnisse herausgewachsen sind. Und würde diese Branche bessere Existenzbedingungen erstreben, so müßte sie erst die Hausindustrie zu beseitigen suchen und das könnte der Verbandskasse so viel Geld kosten, daß die Ausgaben der diesjährigen Lohnbewegung eine reine Bagatelle dagegen sind.

Vom Verbandsvorstand ist genügend motivirt worden, warum eine Extrasteuer nöthig ist. Es gilt vor allen Dingen, unsere Kassen zu füllen, und die Bewegung hat gezeigt, daß wir nur auf unsere eigene Kraft angewiesen sind. Und es ist auch das Beste so. Es werden dadurch den Kollegen falsche Hoffnungen erspart bleiben und sie werden weiter dadurch auf den Boden der Wirklichkeit verfestet.

Wir in Leipzig haben uns ebenfalls mit der Extrasteuer beschäftigt. Wir konnten allerdings nicht auf solchen kleinlichen Standpunkten stehen, wie sie z. B. in Berlin verfolgt wurden. Gewiß giebt es auch hier Personen, die ein saures Gesicht für die Mehrausgabe von wöchentlich 5 und 10 Pf. machen werden, aber sie werden zahlen — und um so eher, weil die Leipziger schon mehr dazu erzogen sind. Wir besitzen sogar den Selbststolz, sagen zu können, aus eigener Kraft die Lohnbewegung 1896/97 am Orte ausgeführt zu haben. Und dieses war doch wieder nur möglich durch Leistungen von Extrasteuern der Mitglieder.

Zu einer erweiterten Vorstandssitzung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Vorstandssitzung erklärt die vom Verbandsvorstand erhobene Extrasteuer voll und ganz berechtigt. Sie findet es unbegreiflich, daß in dieser Beziehung noch Opposition vorherrschen kann, da doch genugsam bekannt ist, daß unsere Bewegung schwere Opfer gekostet hat und noch kosten wird. Der Vorstand steht überhaupt auf dem Standpunkt, daß nur höhere Beiträge einen Fortschritt des Verbandes bedeuten.“

An letzteren Satz anknüpfend, wird der Beweis wohl zu erbringen nicht mehr nöthig sein. Die Organisationen mit hohen Beiträgen haben prospectual die meisten Mitglieder, die größte Leistungsfähigkeit und die besten Existenzbedingungen der Mitglieder. Sie haben geordnete Kassenverhältnisse und stets ein Vermögen zur Hand, welches Gelüsten unserer Arbeitgeber zu Schanden werden lassen kann.

An den Mitgliedern des Verbandes liegt es, zu zeigen, daß sie gewillt sind, vorwärts zu kommen und dieses ist nur möglich, wenn sie moralische und finanzielle Opfer bringen. Aufgabe des Verbandes wird in nächster Zeit aber auch sein, daß die kleinen und mittleren Städte vorwärts kommen. Die traurigen Existenzbedingungen daselbst, die erbärmlichen Schandlöhne und lange Arbeitszeit müssen verschwinden und unsere ganze Kraft muß

darauf verwandt werden, daß dieses geschieht. In dieser Beziehung kann die Einführung eines Tarifs mit lokalen Abänderungen nur von Nutzen sein und dazu gehört Geld, Geld und nochmals Geld.

Für Leipzig: A. E.

Aus Nachen.

Wie bereits in Nr. 40 unserer Zeitung ersichtlich, hat sich hier selbst wieder eine Zahlstelle gebildet.

Durch die Bewegungen in Berlin, Leipzig und Stuttgart zc., welche größtentheils zur Zufriedenheit beendet sind, ermuntert, haben sich auch hier einsichtsvolle Kollegen zusammengefunden, um dem Verband beizutreten und hier selbst eine Zahlstelle zu errichten. Ist momentan der Bestand von 18 Mitgliedern im Verhältniß zur Größe der Stadt noch kein hoher, so muß man doch, wenn man die hiesigen Verhältnisse in Betracht zieht, vollauf zufrieden sein. Die Gründer der hiesigen Zahlstelle sind meistens ältere verheiratete Kollegen, die den Zweck und Nutzen des Verbandes erkannt haben und bahnbrechend für die Zahlstelle agitiren, — trotz der für sie schwer ins Gewicht fallenden 35 Pf. pro Woche, denn der Lohn ist gegenüber den Lebensmittelpreisen sehr minimal.

Wir konnten uns wohl der Hoffnung hingeben, daß wir in kürzester Zeit einen nennenswerthen Zuwachs zu verzeichnen haben, denn die uns noch Fernstehenden würden bei einiger Agitation von unserer Seite halb zur Ueberzeugung gekommen sein, daß auch sie, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen zu können, unbedingt dem Verband angehören müssen.

Leider, leider hat uns der Verbandsvorstand durch Erhöhung des Beitrags einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht, und die Agitation hier am Orte arg geschädigt, wenn nicht ganz unmöglich gemacht. Ich für meine Person bin ja der Ueberzeugung, daß es wohl schlecht anders ging, denn die Lohnbewegungen in den verschiedenen Orten haben Ansprüche an unsere Verbandskasse gestellt, die den Beschluß der Verbandsleitung rechtfertigt, trotzdem muß ich es bebauern, daß die maßgebenden Personen den Schritt gethan haben; wenigstens hätten die Kollegen, die jetzt dem Verband beigetreten sind oder beitreten wollen und nicht in Orten beschäftigt sind, wo eine Lohnbewegung stattgefunden hat, davon verschont bleiben müssen, denn nicht nur allein hier, sondern ich kann wohl sagen in jeder Stadt hätten nach den zum größten Theil zufriedenstellenden Lohnbewegungen sich bei rühriger Agitation von Seiten unserer Verwaltungen die Mitglieder bedeutend vermehrt.

Wie gesagt, jetzt war gerade der richtige Zeitpunkt, um den Verband stark zu machen. Wie vorher bemerkt, ist ja unser Verbandsvorstand berechtigt, sogar verpflichtet, wenn es Noth thut, den Beitrag zu erhöhen, aber wir müssen doch auch Rücksicht nehmen auf die uns noch Fernstehenden, bezw. die jetzt zur Erkenntniß gekommen sind, denen der Beitrag von 35 Pf. sonst zu hoch war, die aber jetzt durch die Errungenschaften unserer Kollegen in Berlin, Leipzig zc. die Ueberzeugung erlangt haben, daß nur durch Einigkeit etwas zu erreichen ist, in Folge dessen dem Verband beitreten und die 35 Pf. pro Woche zahlen, wenn es ihnen auch schwer fällt.

Nun dieselben 8 oder 14 Tage Mitglieder sind, heißt es mit einem Mal: „Hört, ihr müßt jetzt 45 Pf. zahlen“, das ist für die Meisten ein Schlag ins Gesicht und wie mit Recht von Manchem behauptet wird, durchaus ungerecht, denn dieselben sagen sich: wir haben pro Woche kaum zwei Drittel von dem Lohne, den die Kollegen haben, welche in eine Bewegung getreten sind, der Lebensunterhalt ist hier womöglich noch theurer, — und jetzt sollen wir mit die Kosten zahlen, die Jene durch die Lohnbewegung verursacht haben! Die verheirateten Kollegen sind meistens in zwei Krankenkassen, die müssen sich jetzt schon 1,20 bis 1,30 Mk. pro Woche abfargen.

Ist der Verbandsvorstand laut Statut nicht in der Lage, meinem Wunsch entsprechen zu können, so halte ich es für einen argen Fehler; es müßten in diesem Falle, wo der Extrabeitrag nur für eine bestimmte Zeit erhoben wird, die Neueintretenden hiervon verschont bleiben. Sollte mein Vorschlag nicht durchdringen, so richte ich an euch Nachener Kollegen die Bitte, haltet trotzdem fest und treu zur Sache, agitirt fleißig für unseren Verband, damit die Zahlstelle hier selbst den ihr gebührenden Platz einnimmt, und wenn's Noth thut auch behauptet, denn durch Nichts ist Nichts, nur Einigkeit kann, wie ihr gesehen, andere Verhältnisse herbeiführen.

C. B. . . .

Aus Karlsruhe.

Kaum ist die Bekanntmachung der Verbandsleitung allen Kollegen bekannt, da hört man schon wieder Klagen über die 10 Pf., welche kurze Zeit mehr bezahlt werden sollen. Vor Allem ist es ja nur ein geringer Betrag, welcher die Zahlung der Extrasteuer in einem halben Jahre ausmacht. Dann wird die Extrasteuer doch nur erhoben, damit die Organisation in der Lage ist, unsere schlechten Löhne und Arbeitsverhältnisse verbessern zu können. Wenn der Offenbacher Kollege uns die Verhältnisse der dortigen Kollegen schildert, so darf er absolut nicht glauben, daß die Löhne in den anderen Städten bessere sind, sondern sie sind vielfach noch schlechter. Es mag ja sein, daß die Offenbacher jetzt einen schweren Standpunkt haben, aber nur nicht die Flinte gleich ins Korn werfen und davon laufen! Sondern den Kollegen die Notwendigkeit der Erhebung dieser Extrasteuer vor Augen geführt und sie überzeugt, daß auch ihre Lage zu verbessern ist und dieses nur durch eine gefüllte Kasse und natürlich auch starke Organisation geschehen kann. Wenn die Löhne auch manchmal noch so schlecht sind, so fehlt nur der gute Wille, diesen Obolus für die Organisation zu opfern. Wir persönlich war es keine Ueberraschung; denn wenn man die Lage in unserem Verband betrachtet und sich ein Bild von den gehabten und noch bevorstehenden schweren Kämpfen macht, so muß es Jedem klar werden, daß mit einem solch geringen Kassenbestand, wie der unserer jetzt ist, der Krieg nicht weiter geführt werden kann. Wir dürfen ja nicht in dem Wahne leben, daß der Hauptkampf beendet ist, sondern derselbe steht uns noch bevor. Wir sehen aus allen Berichten, daß gerade das Kleinmeisterthum sich bei Lohnkämpfen am hartnäckigsten zeigt und es bis auf Spitz und Knopf antommen läßt. Mit diesen werden wir in den kleinen Städten jetzt zu rechnen haben. Hier kann dann nicht immer allein eine starke Organisation helfen, sondern hier muß auch eine gefüllte Kasse mit eingreifen. Gewöhnlich gewinnt eine Zahlstelle erst an Mitgliedern, wenn der Kampf bereits schon begonnen hat, dieselben haben aber gewöhnlich wenig Begriff von der Organisation. Sind wir da nicht im Stande, ihnen auch nur einigermaßen finanziell bis zum letzten Augenblick beizustehen, so fallen sie vielleicht in günstigen Moment, wenn es gerade zur Entfaltung kommen soll, dem Unternehmer in die Hände und der Kampf war für uns nutzlos und hat unser schönes Geld gekostet.

Es wäre verfehlt, wenn der Verband durch die Extrasteuer an Mitgliedern verlieren sollte, denn nur wir hätten den Schaden und der Unternehmer den Nutzen. Sei jeder Kollege der jetzigen Lage in unserem Verband eingedenk, bezahle Jeder seine Beiträge pünktlich, dann wird es ihm auch möglich sein, in dieser kurzen Zeit 45 Pf. bezahlen zu können, und wir sind dann wieder in der Lage, im kommenden Späthjahr mit voller Zuversicht und Siegesbewußt in den Kampf einzutreten zu können zur Verbesserung unserer Lage, zum Wohle aller Kollegen, zum Wohle unserer Familien und zum Wohle unserer Mitmenschen!

Karl Vogel.

Internationales.

Norwegen. In Nr. 37 unserer Zeitung brachten wir einen Bericht über die Lohnbewegung in Christiania und bemerkten am Schluß, daß die Bewegung zu einem Siege unserer Kollegen geführt habe. Nun liegen uns die Bedingungen vor, die in den Verhandlungen mit dem Meisterverein festgelegt worden sind. Nach dem vereinbarten „Arbeits- und Lohnregulativ“ wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 56 1/2 Stunden festgesetzt. Für Ueberzeitarbeit bis 10 Uhr soll ein Zuschlag von 33 1/2 Prozent, nach 10 Uhr 50 Prozent bezahlt werden; für Stückarbeiter 10 Dere, bezw. 20 Dere pro Stunde extra. Bis der Akkordtarif vorliegt, wird den Stückarbeitern ein Mindestlohn von 22 Kr. zugesichert.

Als Minimallohn werden gezahlt: für Gesellen im ersten Jahre nach der Lehrzeit 20 Kr., im zweiten 22 Kr.; oder im Stundenlohn 37 Dere, bezw. 41 Dere pro Stunde. Andere männliche Arbeiter, die 5 Jahre im Fache thätig sind, erhalten mindestens 20 Kr., bei 6 Jahren mindestens 22 Kr. pro Woche.

Das Regulativ gilt bis zum 1. September 1902 mit dreimonatlicher Kündigungsfrist. Streitigkeiten werden einem Schiedsgericht überwiesen, das aus drei Meistern und drei Gesellen besteht, welche von den betreffenden Vereinen gewählt werden. Wenn hier keine Einigung erzielt werden kann, ernannt der Magistrat von Christiania einen Schiedsrichter.

Schweden. In Karoltna haben die Kollegen die 10 stündige Arbeitszeit durchgeführt — bisher wurden 11 bis 12 Stunden gearbeitet — und einen Minimallohn von 18 Kr. (ca. 20 Mk.). Auch in Göttingen und Upsala sind Forderungen an die Arbeitgeber gestellt worden und ist der Zugang nach dort fernzuhalten.

Dänemark. Unter den Kolleginnen hat die Organisation nicht unbedeutende Fortschritte gemacht. In Densie gebören sämtliche Buchbinderarbeiten dem Fachverein an. Auch in Aalborg und Aarhus haben sich eine Anzahl Frauen dem Verband angeschlossen.

Berichte über Lohnbewegungen.

Zugzug fernhalten! nach Frankfurt a. M., Hamburg-Altona, Bremen, Lübeck, Posen, Ludwigshafen und Würzburg.

Nach München ist der Zugzug von Portefeuillern fernzuhalten, da bei der Firma Zentner & Kissinger ein Streik ausgebrochen ist.

Pforzheim. Ueber sämtliche Buchbindereien und Kartonagenfabriken ist die Sperre verhängt.

Ruhla i. Th. Ueber die Etuisfabrik von Eduard Braun ist die Sperre verhängt.

Berlin. Ueber nachfolgende Werkstuben ist die Sperre verhängt:

Weichert, Neue Königstr. 9,
Maß, Scharnstr. 12,
Lochbaum, Sebastiansstr. 14,
Lochbaum, Ritterstr. 26,
Barschall, Neue Friedrichstr. 37,
Sala, Luxuspapierfabrik, Schützenstr. 59,
Fasbender, Michaelestr. 17.

Bremen. Freitag den 26. Oktober hat die hiesige Kollegenschaft eine öffentliche Versammlung einberufen. Dieselbe war sehr gut besucht, auch die Kolleginnen hatten sich sehr zahlreich eingefunden. Die Versammlung wurde durch unseren Bevollmächtigten in Anwesenheit von 60 Kollegen und 20 Kolleginnen eröffnet. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Submann theilte der Versammlung seitens der Lohnkommission ein Schreiben von den Arbeitgebern mit, welches lautet, daß der Lohnkommission der Bescheid auf unsere Forderungen am 30. dieses Monats zugehen soll. Seitens des Vorsitzenden wurde vorgeschlagen, diesen Termin abzuwarten; dem stimmte die Versammlung zu. Gleichzeitig wurde der Inhalt des Briefes seines lauen Inhalts wegen von mehreren Kollegen gründlich beleuchtet; verschiedene Redner erklärten, es scheine, als wenn die hiesigen Prinzipale unsere Lohnbewegung nicht ernstlich nehmen. Es wurde im Weiteren scharf betont, an den einmal gestellten Forderungen unter allen Umständen festzuhalten. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit sollte man das Hauptgewicht legen. Es wurde mehrmals darauf hingewiesen, daß nur durch den Verband und mit dem Verband unsere Lage verbessert werden kann. An die Kollegen und Kolleginnen wurde die Bitte gerichtet, sich einmützig unserem Verband anzuschließen. Ferner wurde mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Prinzipale mit der Lohnkommission mündlich zu unterhandeln versuchen werden. Sollenfalls erwarde man, daß die Prinzipale mit bestimmten Vorschlägen an die Lohnkommission herantreten werden.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute in Webers Restaurant tagende öffentliche Versammlung der in Buchbindereien und verw. Betrieben Beschäftigten erklärt sich damit einverstanden, daß die Frist zur Bewilligung unserer Forderungen bis zum 30. dieses Monats verlängert wird. Sollten die Arbeitgeber sich äußern, mit den Vertretern der Arbeitnehmer zu verhandeln, so ermächtigt die Versammlung die zu diesem Zwecke gewählte Kommission hierzu, unter der Bedingung, daß die Forderungen keine Abänderung erfahren dürfen.

Der Vorsitzende macht hierauf die Kollegen und Kolleginnen auf unsere nächste Versammlung aufmerksam, da diese jedenfalls die wichtigste sein werde, und ersucht, daß Alle recht zahlreich und pünktlich erscheinen möchten.

Bremen. Am Freitag den 4. November fand eine öffentliche Versammlung statt.

Kollege Submann verliest ein Schreiben, welches von den Arbeitgebern eingelaufen ist. Dann theilt derselbe mit, daß gestern Abend eine Sitzung stattgefunden, worin unsere Lohnkommission mit den Vertretern der Arbeitgeber verhandelt hat.

Kollege Altvater berichtet hierüber Folgendes: die Prinzipale hätten gleich zu Anfang die Frage vorgelegt,

ob wir gewillt sind, unsere Forderungen voll und ganz aufrecht zu erhalten, wenn dieses der Fall sei, könnten sie sich auf keine Verhandlungen einlassen. Nachdem darauf hingewiesen wurde, daß unsere sehr bescheidenen Forderungen doch wohl einer Besprechung würdig seien, hätten sich die Prinzipale zu einer Verhandlung herbeigelassen. Redner geht jetzt auf die einzelnen Punkte ein. Ausgelernte erhalten einen Lohn von 18 Mk. Dieses hätte zwar zu einer sehr erregten Debatte Anlaß gegeben, da die Prinzipale nicht mehr wie 15 Mk. zahlen wollten, es seien aber 18 Mk. bewilligt worden.

In Bezug auf die Mädchenlöhne haben sich die Prinzipale absolut nicht in eine Diskussion einlassen wollen, seien aber schließlich nach hartem Kampfe, der bald die ganze Verhandlung in Frage gestellt hätte, mit folgendem Resultat durchgedrungen: Erstes Vierteljahr 7 Mk., die nächsten 1/2 Jahre 8 Mk., nach einem Jahre 10 Mk. und nach drei Jahren 12 Mk.

Die Feiertage zu bezahlen wurde bewilligt. Hier ist von den Arbeitgebern eine Bedingung gestellt, die besagt, daß, wenn ein Arbeiter in der betreffenden Woche ohne triftige Gründe einen Tag fehlt, in welcher Ueberstunden zu machen sind, diese veräumten Tagesstunden als Ueberstunden angerechnet sind, auch der eventuelle Feiertag kann in Abrechnung gebracht werden.

Die Ueberstunden werden bezahlt und zwar für die ersten beiden Stunden 25 Prozent mindestens, für jede weitere Stunde und Arbeiten an Sonn- und Feiertagen mit 50 Prozent. In Werkstuben, wo bereits ein höherer Zuschlag gezahlt wird, bleibt derselbe bestehen. Auch hier findet obiger Passus Anwendung. Nach einer Ueberstunde wird eine Viertelstunde Pause gewährt.

Die Arbeitszeit ist nach langen Bemühungen auf 9 1/2 Stunden inklusive halbstündiger Pause festgelegt.

Die 5 Prozent Lohnzuschlag sind bewilligt, doch ist von den Arbeitgebern eingeschaltet worden, daß diejenigen, welche vom 1. Juli ab Zulage bekommen haben, nichts mehr zu beanspruchen haben.

Kollege Schmieder ergänzt diese Ausführungen. Dieser Tarif soll am Montag den 5. November in Kraft treten.

Kollege Göbde ist zufrieden mit dem Resultat der Verhandlungen, denn man dürfe nicht außer Acht lassen, daß es das erste Mal sei, daß wir Forderungen gestellt haben; er fragt an, was mit benjenigen Meistern geschehen soll, welche sich diesen Abmachungen nicht anschließen.

Kollege Viola meint, daß sich nun auch sämtliche Meister verpflichten müßten, die Abmachungen anzuerkennen, bei dem Prinzipal, welcher sich weigert, sei die Arbeit niederzulegen.

Kollege Submann theilt mit, daß er mit dem Vorsitzenden der Arbeitgeberkommission gesprochen, welcher erklärt habe, daß er für die Abwesenheit nicht haften könnte.

Kollege Altvater schlägt hierauf vor, daß jeder Arbeiter und Arbeiterin bei ihrem Prinzipal vortreten soll, ob er den neuen Tarif anerkennen will, die Resultate sind dann am Sonntag Morgen in einer Versammlung bekannt zu geben.

Kollege Schmieder verliest eine Resolution, welche lautet: „Die Versammlung erwartet, daß sich sämtliche Prinzipale den getroffenen Vereinbarungen anschließen. Sollten die Forderungen in einzelnen Werkstuben bis Montag 4. d. M. nicht in Kraft treten, sowie auch keine diesbezügliche Antwort der Lohnkommission zugehen, so erklärt die Versammlung, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln die Forderungen zur Durchführung zu bringen.“

Diese Resolution fand einstimmige Annahme.

Kollege Submann verliest ein Telegramm vom Verbandsvorsitzenden, welches besagt, daß wenn die Verhandlungen auf friedlichem Wege scheitern sollten, die Arbeit niederzulegen sei.

Diese Nachricht wurde mit allgemeiner Begeisterung aufgenommen.

Kollege Münster wünscht Zirkulare an die Prinzipale zu versenden, worauf sich diese schriftlich zu verpflichten hätten.

Kollege Schmieder glaubt aber, daß uns damit wieder Zeit verloren geht.

Kollege Göbde hat mit seinem Prinzipal über unsere Forderungen schon Rücksprache genommen, aber die kurz und bündige Antwort erhalten: „Ich bewillige nichts, wenn es nicht paßt, der kann gehen!“ Im Anschluß hieran verliest Redner einen kurzen Bericht der Hamburger Lohnkommission.

Kollege Altvater verweist auf die Hamburger Kollegen und bittet, daß die Bremer Kollegen sich nicht

minderwertig zeigen mögen und Jenen nachzuweisen, um mit allen Mitteln unsere Forderungen durchzudrücken.

Kollege Schmieder warnt die Kollegen noch, sich auf Sonderabmachungen mit den Prinzipalen einzulassen.

Unter Verschwiegenem wurden noch von einer Arbeiterin die Verhältnisse in einer Dütenfabrik einer Kritik unterzogen.

Kollege Schmieder rügt noch die Nachlässigkeit der Schriftführer, da doch die auswärtigen Kollegen gar nicht von unserer Bewegung unterrichtet seien, worauf der Vorsitzende noch einen kräftigen Appell an die Versammlung richtete.

Am 4. November fand eine Versammlung statt, in welcher über das Verhalten der Prinzipale berichtet wurde. Kollege Submann verliest die Firmen, welche inzwischen ihre Bewilligung eingekandt haben.

Von den Firmen Ehrig, Masemann, Schünemann, Moritz steht die Antwort noch aus, welche aber wohl zu unseren Gunsten ausfallen wird.

Nicht bewilligt haben: Gutf, Großtopf & Komp., v. Harten, Witwe Abbes, Jönsen, Casten & Subling, Kunze, Mayer & Komp., Böhme, Pohlmeier & Komp.; eine weitere Anzahl Firmen hat überhaupt nichts von sich merken lassen.

Zunächst wurde die Firma Gutf einer scharfen Kritik unterzogen, und Kollege Münster stellte den Antrag, nachdem der Kollege noch einmal mit seinem Prinzipal verhandelt hat und derselbe dann nicht bewilligen will, die Arbeit am Montag ruhen zu lassen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Bei der Firma Großtopf & Komp. soll ebenfalls nochmals mit dem Prinzipal verhandelt werden; scheitern die Verhandlungen, so ist auch in diesem Betrieb am Montag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Das prohenhafte Benehmen von Pohlmeier & Komp. wurde einer eingehenden Kritik unterzogen.

Bei den Firmen Jönsen und Casten & Subling ist schwerlich etwas zu erreichen, da diese Betriebe Steinbruckereien sind und die Steinbrucker selber noch zehn Stunden arbeiten.

Meyer & Komp. hat sich geäußert: wenn die Lohnkommission kommen sollte, so würde er diese über Hals und Kopf rauschmeißen.

Böhme will nichts bewilligen, hat aber einem Kollegen versprochen in 14 Tagen Zulage zu geben.

Heitere Sachen kamen über die Kartonnagenfabrik von v. Wenden zur Sprache.

Es wird noch bemerkt, daß wir im Allgemeinen wohl mit dem erzielten Resultat zufrieden sein könnten, da man bedenken muß, daß unsere Zahlstelle noch jung ist und es das erste Mal war, daß wir mit Forderungen an die Prinzipale herangetreten sind.

E. Mü n s t e r.

Altenburg. Ueber unsere Lohnbewegung hier am Orte sei, da hierüber noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist, nachträglich Folgendes berichtet:

Um auch mit unseren Arbeitgebern bestimmte Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, ging von Seiten der Zahlstelle die Anregung aus, alle hier arbeitenden Buchbindergehilfen zu genanntem Zwecke zu einer gemeinsamen Besprechung einzuladen. Mittwoch den 19. September fand die Zusammenkunft im „Goldenen Hirsch“ statt, zu welcher alle Eingeladenen bis auf zwei, deren Abreise kurz bevorstand, erschienen. Da wir uns bei dieser Besprechung nicht einig werden konnten, ob wir eine prozentuale Lohnforderung für alle hier arbeitenden Gehilfen an Meister und Inhaber von Druckereien richten, oder die Vereinbarung eines Minimallohns und einer Maximalarbeitszeit nur erst von den Innungsmeistern verlangen sollten, entschieden wir uns in einer zweiten am 25. September stattgefundenen Zusammenkunft für das Letztere, weil fast alle in Druckereien arbeitenden Kollegen viel bessere Arbeitsbedingungen schon haben. Ausnahmen machen hierin im Lohne zwei Gehilfen, welche in der Hofbuchdruckerei für 15 und 17 Mk. in Arbeit stehen. Die in unserer zweiten Besprechung aufgenommene Statistik über die bei den Meistern beschäftigten Gehilfen ergab, daß der Lohn zwischen 15 und 22,50 Mk. und die Arbeitszeit zwischen 9 1/2 und 11 Stunden mit je einer Vormittags- und Nachmittagspause von einer Viertel- bis halben Stunde variiert. In Kost und Logis befanden sich noch die beiden Kollegen in der Hofbuchdruckerei von Graf & Sohn. Diefem statistischen Ergebnis zufolge formirten wir unsere Forderungen auf 18 Mk. Minimallohn, 10stündiger Arbeitszeit mit je einer viertelstündigen Frühstück- und Vesperpause, 33 1/3 Prozent Zuschlag für Ueberstunden,

Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und Abschaffung von Kost und Logis im Hause des Meisters. Es wurde eine Kommission gebildet, aus dem Gesellenausschuß und weiteren zwei Verbandskollegen bestehend, welche der Innung die Forderungen aufstellen und Antwort bis zum 4. Oktober verlangen sollte. Bei Zustellung der Forderungen entfiel sich noch die Kommission im letzten Augenblick, das Schreiben nur vom Gesellenausschuß unterzeichnen zu lassen, um nicht eine sofortige Ablehnung auf Grund ihres Innungsstatuts von den Meistern zu gewärtigen. Die Antwort seitens der Meister erfolgte erst am 6. Oktober (nachdem erst eine nochmalige ernste Mahnung an den Obermeister ergangen war) und zwar mit der Bestätigung, daß ein Vorstandsmitglied frank in Leipzig darniederliegt und erst dessen Genesung abgewartet werden müßte, bevor eine Antwort auf die Forderungen erfolgen kann. Am 22. Oktober endlich saßen die Herren Innungsmeister über unsere Forderungen zu Gericht und das Resultat war: Bewilligung von 16 Mk. Minimallohn, 10 1/2 stündige Arbeitszeit mit den verlangten Pausen, 33 1/3 Prozent für Ueberstunden, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, wenn die übrigen Tage voll gearbeitet worden, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister. Wir können mit gutem Gewissen sagen, daß es beschämend für unsere Meister ist, in Lohn und Arbeitszeit uns so wenig entgegengekommen zu sein und müssen tief bedauern, daß wir augenblicklich ohnmächtig genug sind, uns mit diesen abgeben zu lassen. Doch werden sich hoffentlich die Kollegen hieraus, sowie aus der ganzen Behandlungsweise, welche ihren Vertretern (dem Gesellenausschuß) bei Verathung der Forderungen mit den Meistern zu Theil geworden ist, eine Lehre ziehen, damit bei solchen Gelegenheiten ein andermal den Kollegen mehr Kampfes- und Opfermuth aus den Augen leuchtet. Wir verschmähen es heute, weitere Bemerkungen über die Verhandlungen anzustellen, sondern wollen nur das Verhalten des in den weitesten Kreisen bekannten Herrn Buchwalb in dieser Angelegenheit einer kritischen Beleuchtung unterziehen. Wenn schon sein mit dem 1. Juli erfolgter Austritt aus dem Verband (mit allerhand fast lächerlichen Begründungen motivirt) hier großes Aufsehen erregte, so können wir die Dhrfeigen, welche er als Mitglied der Zwangsinnung uns zu geben erlaubte, nicht ohne einige Quittungen hier entgegenzunehmen. Als einer der ersten hiesigen Wortführer der Arbeiterfrage hat sich Buchwalb darin gefallen, seinen lieben Innungskollegen gegenüber zu erklären, daß der geforderte Minimallohn von 18 Mk. ein zu forrenber ist und hat er unter Hintansetzung seiner Ideale es nicht für werth gehalten, zu den Verhandlungen zwischen Innung und Gesellenausschuß zu erscheinen, um hier seiner Pflicht zu genügen und unsere Forderungen mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft zu vertreten. Dem gegenüber wäre es einmal angebracht zu fragen, ob der früher in einer hiesigen Hufabrik von Buchwalb verbiente Lohn von 30 und 40 Mk. diesem nicht auch zu hoch vorgekommen ist, oder war damals der Lebensunterhalt theurer wie heute, um diese Gegenätze von 18 zu 40 Mk. wieder aufzuheben? Als Buchwalb für seine Gehilfen eine achtstündige Ferienzeit mit fortlaufendem Lohn einführte, gab er dies unter Kollegentreifen mit folgenden Worten bekannt: „Ich will den hiesigen Meistern mit gutem Beispiel vorangehen.“ Was nützen nun aber die guten Beispiele den anderen Kollegen gegenüber, wenn sich Buchwalb selbst der Einführung besserer Arbeitsbedingungen in den übrigen Geschäften entgegenstellt? In den Kreisen der hiesigen Kollegen ist man sehr enttäuscht über die Handlungsweise des Herrn Buchwalb und sind wir nahe daran, in diesem etwas anderes, nur keinen Volkvertreter zu suchen. Mit diesem schließen wir unseren etwas ausführlich gegebenen Bericht unserer Lohnbewegung.

Frankfurt a. M. Eine öffentliche Versammlung fand am 1. November in der „Concordia“ statt mit der Tagesordnung: Der Stand unserer Lohnbewegung. Der Referent, Kollege Würzberger, berichtet, daß die Bewegung ganz gute Fortschritte gemacht hat. Während damals nur 14 Geschäfte mit 77 Gehilfen bewilligt hatten, sind es heute bereits 36 Geschäfte mit zusammen 132 Gehilfen. Zum Ausstand kam es in 9 Geschäften mit 22 Gehilfen. Von den Streikenden sind bereits 4 anderweitig wieder untergebracht, so daß nur noch 18 sich im Ausstand befinden. Um nochmals eine Einigung zu versuchen, ist seitens der Lohnkommission Anfang dieser Woche wieder ein Schreiben an die Prinzipale gesandt worden. Hierauf haben noch 6 Firmen zustimmend geantwortet. Der Vorwurf der Starrheit und Unhöflichkeit, der uns in der Meisterversammlung

in Bezug auf unsere Forderungen gemacht wurde, ist also durchaus ungerecht. Ebenso entsprechen die Angaben über „horrende Löhne“, mit denen in jener Versammlung gepöhlert wurde, nach den Ermittlungen unserer Lohnkommission durchaus nicht den Thatsachen; denn nicht ein einziges von den in Frage kommenden Geschäften zahlt einen Lohn von 30 Mk. Am meisten waren die Lohnsätze von 3—3,20 Mk. täglich zu finden, während der Durchschnittslohn die Höhe von 2,80 Mk. kaum übersteigen dürfte.

Bemerkenswerth ist schließlich noch die Zeugnisausstellung für die in den Ausstand getretenen Kollegen bei der Firma Such & Eid. Noch nicht einmal unser mittelalterliches Gesetz, die Befindeordnung, erlaubt den Herrschaften, ihren Arbeitern ein solches Zeugniß auszustellen, geschweige denn die Gewerbeordnung. Natürlich werden wir in dieser Angelegenheit beim Gewerbegericht klagen, welches die genannte Firma wohl eines Besseren belehren wird. Unter allgemeinem Gelächter der Versammlung verlas der Referent eines dieser Zeugnisse.

In der hierauf stattfindenden Diskussion sprach Kollege Hintsche seine Befriedigung über die Führung unserer Bewegung aus, welchem sich die Kollegen Schreiber und Müller angeschlossen. Tadelnd wurde von mehreren Kollegen noch der schlechte Besuch der Versammlung hervorgehoben. Es scheint, als ob die meisten Herren Kollegen, die die Forderungen bereits bewilligt bekommen haben, es nun nicht mehr der Mühe werth halten, sich um den ferneren Gang der Bewegung zu kümmern. Insbesondere sei es aber bedauerlich, wenn sogar Verbandskollegen so zahlreich durch Abwesenheit glänzen, wie es auch in der letzten Mitglieder- und öffentlichen Versammlung der Fall war. Von diesen müßte man doch zum Mindesten erwarten können, daß sie es als ihre Ehrenpflicht ansehen, jede Versammlung pünktlich zu besuchen und nicht bloß die Erledigung ihrer Mitgliedschaftspflichten darin erblicken, daß sie ihre Beiträge bezahlen — und auch dies manchmal ziemlich mangelhaft.

Mit einem Appell an die Anwesenden, fest zusammen zu halten und fleißiger für die nächste Versammlung zu agitieren, wird die Versammlung geschlossen. K.

Strasburg. In unserer letzten Versammlung wurde der Bericht der Lohnkommission gegeben. Die Kommission hat ihre Pflicht nicht in dem Maße erfüllt, wie sie es hätte thun müssen, was wohl auch hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß ein Wechsel der Mitglieder der Lohnkommission oft geschah. Ihre Aufgabe war zunächst, eine Statistik über die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen; die mangelhaften, oft nicht wahrheitsgetreuen Angaben ließen schon diesen Versuch als gescheitert betrachten; auch waren die einkaufenden Werksstudienversammlungen meist schlecht oder gar nicht besucht. Nur die der Firma vormalig Schulz & Cie. war gut besucht und die Kollegen und Kolleginnen waren deshalb in der Lage, 5 Prozent Lohn-erhöhung für die Arbeiter und 10 Prozent für die Arbeiterinnen fordern zu können. Die Firma kam ihrem Personal hierin entgegen, und da daselbst schon die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist, sowie die Bezahlung der Feiertage und Mehrbezahlung der Ueberzeitarbeit geleistet wird, so gaben sich die Kollegen damit zufrieden, da an ein allgemeines Vorgehen doch nicht zu denken war.

Von Seiten der Kommission wurde an sämtliche hiesige Prinzipale ein Schreiben gesandt, in welchem die zehnstündige Arbeitszeit verlangt wurde. Hierauf erhielten wir drei Antwortschreiben.

Die Firma Springborn erklärte sich mit unserer Forderung einverstanden und gab einem Arbeiter noch 1 Mk. mehr Lohn. Die Firma Gisinger erkannte unsere Forderungen an, jedoch hielt sie dieselben noch für vorfrüht. Die Firma Horst theilt uns mit, daß sie schon längere Zeit die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt hat. Die Firma Selig verringerte die Arbeitszeit von 11 Stunden auf 10 1/2 Stunden. Hier wäre es ein Leichtes, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, wenn die Kollegen der Firma Selig etwas mehr Interesse zeigen würden. Dies sind unsere Erfolge, im nächsten Jahre erringen wir hoffentlich mehr.

Ludwigshafen. Unsere letzte Versammlung nahm zunächst den Bericht über die Lohnbewegung am Orte entgegen.

Der Vorsitzende verliest zuerst die Antwort unserer Prinzipale. Es waren im Ganzen nur drei Antwortschreiben gekommen. Die Firma Weiß & Hamer (Buchdruckerei) verhandelte mündlich und hat die Forderung bewilligt bis auf eine ganz geringe Ausnahme

bezüglich Ueberstunden. Firma Neuer Pfälzer Kurier (Buchdruckerei, Aktiengesellschaft) erwiderte, daß die gestellten Forderungen zum größten Theile in ihrem Betrieb seit langer Zeit schon existiren. Firma Kron erklärt sich mit den Forderungen „zur Zeit“ einverstanden. Der Schriftführer unserer hiesigen Prinzipalvereinigung antwortete, daß die gestellten Forderungen zum größten Theile in den hiesigen Buchdruckereien existiren und er, sowie Herr Zebert & Kern bezüglich des Minimallohns für Ausgelernte (18 Mk., 21 Mk. nach einem Jahre) sich nicht binden können. Man möge zuerst die Leistungen dieser Arbeiter prüfen.

Hierauf wurde von der Versammlung, der auch drei Delegirte vom Gewerkschaftskartell beiwohnten, beschlossen, daß zwei Kollegen der Lohnkommission bei sämmtlichen Prinzipalen mündlich Rücksprache nehmen sollen.

Korrespondenzen.

Siedelberg. Die hiesigen Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag den 11. November, Nachmittags 3 Uhr, in der Brauerei Krauß, Hauptstraße 37, eine öffentliche Buchbinderversammlung stattfindet, in der Kollege Schmidt aus Mannheim über Zweck und Nutzen der Organisation in unserem Beruf referiren wird. Anschließend an dieses Referat findet eine freie Aussprache statt. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. K. P.

München. Am 27. Oktober fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Können die Münchener Buchbinder Tarifforderungen stellen?“ Referent Kollege Krauß. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe in sehr geschickter Weise, er führte unter Anderem aus, daß es auch wohl in München an der Zeit wäre, stabile Verhältnisse in unserer Branche einzuführen; denn die Statistik vom letzten Jahre zeigt, daß Verhältnisse in einzelnen Werkstätten herrschen, die geradezu besüßend für uns sind. Redner bedauert, daß die Statistik so unvollständig ist, da von 200 Werkstätten nur 38 die Fragebogen beantwortet haben. Es wurde durch diese Statistik festgestellt, daß die Löhne für männliche Arbeiter zwischen 10 bis 35 Mk. schwanken; die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 9—11 Stunden. Die Löhne der Arbeiterinnen sind den Verhältnissen nach bessere; laut Statistik betragen die Löhne 4—9—16 Mk. Redner führt weiter an, daß im vorigen Jahre 65 Todesfälle in unserem Beruf zu verzeichnen waren, wovon allein 40 Fälle auf die Proletarierkrankheit entfielen. Durch diese angeführten Thatsachen sollte sich jeder Kollege veranlaßt fühlen, endlich mal gegen eine derartige Ausbeutung energisch Front zu machen. Redner führte weiter aus, daß sich seit den letzten Jahren einige kleine Betriebe zu Großbuchbindereien umgewandelt haben, so daß auch hier mit der Zeit die Großbuchbinderei vorherrschend sein wird, deshalb wäre es jetzt schon unsere Pflicht, unser Augenmerk auf diese Geschäfte zu richten. Der Referent schloß mit einem Appell an die Kollegen und Kolleginnen, dahin zu trachten, daß erst unsere Zahlstelle gestärkt werden müßte, ehe wir in eine Lohnbewegung eintreten könnten; es sollte jeder Einzelne dazu beitragen, um endlich mal bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.

Es betheiligten sich verschiedene Kollegen an der Debatte; doch war die allgemeine Meinung dahingehend, in diesem Jahre von einer Lohnbewegung abzusehen. Es fand ein Antrag des Kollegen Krauß einstimmige Annahme: „Der Ausschuss wird beauftragt, Werkstätten- resp. Bezirksversammlungen abzuhalten und dadurch eine rege Agitation zu entfalten.“

Bedauert wurde, daß Kollege Dietrich, nachdem schon Mitte Juli das Ersuchen an ihn gestellt wurde, nach hier zu kommen, diesem Rufe nicht Folge geleistet hat.

Auch gab es eine rege Debatte betreffs Erhebung der Extrasteuer; es waren verschiedene Meinungen. Einige Redner betonten, daß der Beschluß des Verbandsvorstandes ein taktischer Fehler sei, besonders die Festsetzung der Extrasteuer bis 1. Juni. Seitens mehrerer Kollegen wurde der Beschluß des Verbandsvorstandes durchaus gebilligt; auch der Ausschuss hofft, daß die Mitglieder dieses kleine Opfer nicht scheuen, denn nur mit gefüllten Kassen kann man einen siegesricheren Kampf aufnehmen. Nach Erledigung einiger internen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Nun, Kollegen und Kolleginnen, haben Sie dem obigen Antrag zugestimmt, so hoffen auch wir, wenn der Ruf an Sie ergeht, den Ausschuss mit Rath und That zu unterstützen, um endlich mal zu zeigen, daß wir auch ernstlich gewillt sind, unsere Lage zu verbessern. Sch.

Kaufbeuren. Am 27. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle ihre vierteljährliche Generalversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Die Extrasteuer. 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 erstattete der Kassier den Kasfenbericht. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 91,38 Mk., die Ausgaben 81,38 Mk., bleibt ein Kasfenbestand von 10 Mk. Einnahmen der Lokalkasse 71,77 Mk., Ausgaben 9,14 Mk., Kasfenbestand 62,63 Mk. Hierauf wurde dem Kassier für seine tadellose Kasfenführung Decharge erteilt. Zu Punkt 2 entspann sich eine sehr lebhaft Debatte, an der sich die meisten Mitglieder betheiligten und wurde vom Kollegen Wall folgende Resolution eingebracht: „Die heute am 27. Oktober von der Zahlstelle Kaufbeuren abgehaltene Monatsversammlung, besucht von sämmtlichen Mitgliedern, protestirt in ihrer Mehrheit gegen die Erhebung der Extrasteuer. Gründe des Protestes sind: 1. Mangelhafte Beweise, aus welchem Grunde die in Kleinstädten arbeitenden Mitglieder den Großstädten auf diese Art immer Demittion herbeischaffen sollen. 2. Möchte obige Zahlstelle dem Zentralvorstand unterbreiten, daß hier am Platze Mitglieder sind, welche mit einem Beitrag von 45 Pf. pro Woche sich nicht mehr in den Reihen des Verbandes halten werden und auch nicht können.“ Diese Resolution wurde mit großer Majorität angenommen. Unter Verschiedenem theilt der Vorsitzende mit, daß die hiesigen Gewerkschaften ein Gewerkschaftskartell gründen wollen. Es wird jedoch diese Angelegenheit wegen vorgerückter Zeit auf die nächste Versammlung vertagt.

Fel. Storr.

Stuttgart. Am 29. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle ihre ordentliche Generalversammlung ab. Dem Kasfenbericht ist Folgendes zu entnehmen: Einnahmen für die Verbandskasse 2761,30 Mk., Ausgaben 1103,33 Mk.; an die Verbandskasse wurden 1657,97 Mk. abgeführt. Die Einnahmen für die Lokalkasse betragen (inklusive Kasfenbestand vom 1. Juli) 2090,18 Mk., die Ausgaben 1709,81 Mk., worunter für die lokale Streikunterstützung 1032,75 Mk. geleistet wurde. Arbeitslosenunterstützung wurden 251,35 Mk. ausgezahlt, davon an Mitglieder ausländischer Vereine 13,25 Mk.

Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des dritten Quartals 614 männliche und 386 weibliche. Wegen Kesten müssen 15 männliche und 10 weibliche Mitglieder gestrichen werden. Die Abrechnung vom Stiftungsfest und guten Montag ergab ein Defizit von 124,74 Mk. Es ist dieses hauptsächlich durch die Besetzung der Kinder verursacht; doch hat der Besuch am Stiftungsfest auch zu wünschen übrig gelassen.

Ueber die Frage, ob die während des Ausstandes stehen gebliebenen Mitglieder ausgeschlossen werden sollen, entspann sich eine rege Debatte. Von einigen Kollegen wurde verlangt, daß zwei derselben, die pro forma einen Werkführerposten bekleiden, nicht ausgeschlossen werden sollen. Sie begründeten dieses damit, daß von diesen Gelder zur Unterstützung der Streikenden entgegengenommen wurden und ihnen somit eigentlich das Recht eingeräumt, weiter arbeiten zu dürfen. Von einigen Kollegen wurde es sehr bedauert, daß von solchen Leuten — die ebenfalls so gut als Streikbrecher zu betrachten sind — Unterstützung angenommen wurde. Auch die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß kein Grund vorliege, diese Personen mit einem anderen Maße zu messen; sie haben sich ebenso verhalten wie die anderen und müssen dem zufolge auch ausgeschlossen werden. Die Versammlung beschloß deshalb, ohne Ausnahme den Ausschluß der Betreffenden beim Verbandsvorstand zu beantragen.

Von der Zahlstelle Karlsruhe wurde ein Antrag an den Gauvorstand gestellt, einen Gantag abzuhalten. Der Versammlung wurde dieser Antrag unterbreitet. Trotz heftiger Opposition erklärten sich die Anwesenden mit 49 gegen 9 Stimmen für Abhaltung eines Gantags.

Unter Verschiedenem wurde die Anfrage an den Verbandsvorstand Kollegen Dietrich gestellt, wie es mit dem Tarif aussehe. Die Antwort lautete dahingehend, daß der Tarif wohl fertiggestellt sei, jedoch sind noch Differenzen in Betreff des Vorworts zu sichten. Man müsse sich nun doch gebulden, bis der Tarif gedruckt vorliege.

Diese Antwort befriedigte aber in keiner Weise. Die Stuttgarter Kollegen und hauptsächlich die Kolleginnen sind sehr ungehalten darüber, daß sich die Verhandlungen so lange hinauszuziehen und daß sie absolut gar nichts davon erfahren können. Je später der Tarif fertiggestellt wird, desto schwerer wird man demselben in Stuttgart Geltung verschaffen können. Die Einführung des neuen Tarifs wird hier ohnedies nicht

so glatt von Statten gehen. Versuchten doch einige Prinzipale, schon jetzt unter dem Minimum zu bezahlen.

In zwei Fällen mußte sogar die Lohnkommission einschreiten; bei der Hofbuchbinderei Hauptmann hat dieses allerdings auch nichts genützt. Ein Theil der dort beschäftigten Kollegen ist ja mit jedem Lohne zufrieden.

Es wurde noch bekannt gegeben, daß die Brauerei Wulle uns die Besichtigung ihrer Einrichtung für Sonntag den 4. November gestattet.

Ludwigshafen. Unsere vierteljährliche Generalversammlung tagte am 27. Oktober und wurde vom Vorsitzenden Kollegen Lipfert mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Geschäfts- und Kasfenbericht; 2. Gantag; 3. Lokalfrage; 4. Verschiedenes.

Dem Geschäfts- und Kasfenbericht entnehmen wir Folgendes:

Mitgliederbestand am Ende des Quartals 23, davon Neuaufgenommene 11, abgetreten 3, ausgetreten 1. Hierauf giebt Kollege Neß den Kasfenbericht wie folgt: Einnahme für die Lokalkasse 103,26 Mk., Ausgabe 63,90 Mk., für die Verbandskasse Einnahme 93,90 Mk., Ausgabe 47,25 Mk. Die Revisoren erklären Bücher und die Kasfe in bester Ordnung gefunden zu haben und wird dem Kassier Decharge erteilt. Von der Abhaltung eines Gantags wurde für dieses Jahr Abstand genommen, da erstens die Gantage viel Geld kosten und zweitens ist im ganzen Gau Nil nichts für den Verband zu schaffen, als höchstens in Zweibrücken; dagegen wurde dem Antrag, auf nächstes Jahr einen Gantag einzuberufen, zugestimmt.

Bezüglich der Lokalfrage wurde beschlossen, da unser Lokal für größere Versammlungen zu klein ist, in ein anderes zu übersiedeln und finden die Versammlungen von nun ab nicht mehr im Lokal „Zum Perkeo“, sondern vis-à-vis im Lokal Seibert statt.

Hierauf schloß Kollege Lipfert die Versammlung. H.

Nachen. Am Samstag den 13. Oktober hatten wir unsere erste ordentliche Versammlung im Vereinslokal „Zur Maus“, Münsterplatz, mit folgender Tagesordnung: 1. Vorstandswahl, 2. Festsetzung der öffentlichen Versammlung, 3. Verschiedenes. Der erste Punkt der Tagesordnung hatte nachstehendes Resultat: Bevollmächtigter: Karl Bobbin, Kassier: Robert Schwabe, Schriftführer: Peter Deichmann, Revisor: Josef Jacquemin und Jakob Naves. Sämmtliche Kollegen wurden fast einstimmig gewählt und nahmen die Wahl an mit dem Versprechen, nach Kräften treu und gewissenhaft ihr übertragenes Amt zu verwalten.

Kollege K. Bobbin giebt sodann bekannt, daß er sich betreffs Referenten an den Verbandsvorstand gewandt habe und dieser ihm gerathen hat, sich mit dem Gauvorsitzenden in Verbindung zu setzen; folglich mußten wir von einer bestimmten Festsetzung der Versammlung absehen, es wurde wohl in Vorschlag gebracht, Ende oder Anfang dieses Monats dieselbe abzuhalten.

Als Lokal für diese Versammlung wurde unser Vereinslokal nicht für passend gefunden, dagegen das des Kollegen Kaufmann Blum, Kleinmarkthierstraße, empfohlen und von der Versammlung gut geheißen. Die Frage, wie die Veröffentlichung der Versammlung am zweckmäßigsten erfolgen kann, erzeugte eine ziemlich lebhaft Debatte, jedoch waren fast alle Kollegen dafür, dieselbe so zu gestalten, daß es einem Jeden in Buchbindereien, Musterkarten-, Kartonnagenfabriken, Buchdruckereien u. beschäftigten Arbeiter unserer Branche möglich ist, Kenntniß hiervon zu erhalten; es wurde beschlossen, in den drei größten für die Arbeiter in Betracht kommenden Tageszeitungen dieselbe bekannt zu geben, auch wurde beschlossen, Plakate drucken zu lassen, dieselben an allen Plakataulen anschlagen zu lassen und in verschiedenen Restaurants und Geschäften auszuliegen. Außerdem verpflichtet sich jeder anwesende Kollege, mündlich dafür Sorge zu tragen und sein Möglichstes zu thun, damit jeder noch Fernstehende zur öffentlichen Versammlung erscheint.

Die ordentlichen Versammlungen sollten alle 14 Tage stattfinden, hiervon mußte aber Abstand genommen werden, da die Buchbinderkrankenkasse im selben Lokal tagt und jeden ersten Samstag im Monat Versammlung hat, die meisten Verbandsmitglieder aber auch Krankentassenmitglieder sind, mithin müßten diese fast jeden Samstag einer Versammlung beiwohnen, dementsprechend wurde einstimmig beschlossen, daß jeden dritten Samstag im Monat Versammlung im Restaurant „Zur Maus“, Münsterplatz, Abends 9 Uhr stattfindet.

Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, stets pünktlich und vollzählig zur Versammlung zu erscheinen. C. B.

Elberfeld. Die hiesige Zahlstelle hielt am 27. Oktober ihre vierteljährliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung war folgende: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Vortrag, 3. Verschiedenes.

Laut Bericht des Vorstehenden fanden im dritten Quartal 6 Mitglieder, 1 General- und 2 öffentliche Versammlungen statt. Letztere waren aber ohne jeden Erfolg. Die zweite öffentliche Versammlung war trotz persönlich ergangener Einladungen der Kollegen nur von wenigen Mitgliedern besucht.

Der Mitgliederbestand am Ende des zweiten Quartals war 43 männliche und 1 weibliches, dazu gekommen 3, abgemeldet 10. Demnach war der Mitgliederbestand am Schlusse des dritten Quartals 36 männliche und 1 weibliches.

Die Einnahme der Verbandskasse betrug 198,92 Mk., die Ausgabe 159,75 Mk., somit verbleibt ein Bestand von 39,17 Mk.

Lokalasse: Einnahme 129,87 Mark, Ausgabe 59,54 Mk., Bestand 80,33 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier einstimmig Decharge erteilt.

Da der Referent zu Punkt zwei noch nicht anwesend war, wurde der Vortrag bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nachdem Kollege Stöhrer den Bericht vom Gewerkschaftsartikel gegeben und sonst noch einige Sachen unter Verschiedenem erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen. A. H. . .

Eisenberg (S.-A.). Unsere letzte Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der von Seiten der Verbandsleitung beschlossenen Einführung der Extrasteuer. Es wurde einstimmig dem Artikel der Offenbacher Kollegen zugestimmt. Die hiesige Zahlstelle ist seit einem halben Jahre etwa um die Hälfte gestiegen. Durch Werkstüberversammlungen versprechen wir uns, die Zahlstelle noch mehr zu heben; zwei der in letzter Zeit abgehaltene beständigen durch den daselbst erzielten Erfolg unsere Annahme. Zwar stehen noch drei Viertel der hier beschäftigten Kollegen fern, aber dennoch war begründete Aussicht vorhanden, auch diese noch für unsern Verband gewinnen zu können. Auch haben wir mit dem hier am Ort bestehenden Lokalverein zu rechnen. Bei Beibehaltung der jetzigen Höhe der Beiträge wären wir schließlich in der Lage gewesen, alle diesem Verein Angehörigen zu uns herüber zu bekommen, sollte doch schon in nächster Zeit eine zu diesem Zwecke gemeinschaftliche Sitzung beider hier bestehenden Organisationen stattfinden. Es wäre zu bedauern, wenn nun die für uns gewonnenen Mitglieder dem Lokalverein wieder beitreten würden. Ferner wäre es bedauerlich, wenn durch die Erhebung der Extrasteuer unser Mitgliederstand so leiden sollte, daß wir dadurch unsere Hoffnung, baldigt eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, auf lange Zeit hinausgeschoben werden müßte. Nach der Aussprache in unserer Versammlung verlieren wir mindestens zwei Drittel unserer Mitglieder. Für die Fabrikanten würde dieser Rückgang der Mitgliederzahl eine gewisse Freude bedeuten.

Wir erheben laut dem Beschluß dieser Versammlung Protest und bitten die kleineren Zahlstellen, welche mit gleichen Verhältnissen zu rechnen haben, sich ebenfalls zu regen und durch die Zeitung dieses bekannt zu geben, damit schließlich eine Urabstimmung herbeigeführt werden kann. R. G.

Blauen i. Voigtl. Am 3. November fand eine öffentliche Versammlung in der Bernburg statt mit der Tagesordnung: 1. Referat über „Der Kampf um die Bildung des Jahrhunderts“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Das Referat des Kollegen wurde beifällig aufgenommen. Zur Diskussion nahm Herr Zöbisch das Wort, welcher den Vortrag noch vervollständigte. Zum Schlusse ermahnt derselbe noch einmal, ja recht treu zur Organisation zu halten. Sodann entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Extrasteuer. Es war ein Dagegen und Dafür. Der größte Teil war der Ansicht, daß diese Erhöhung nicht nur unserer Mitgliedschaft Blauen schadet, sondern allen kleineren Zahlstellen. Vor Allen sind es die Verheirateten, die bei einem Lohne von 17 bis 18 Mk. gewiß 45 Pf. Steuer pro Woche fühlen. Wenn der Verbandsvorstand bezw. Ausschuß die Extrasteuer damit motiviert, daß wir vor größeren Ausgaben stehen in den nächsten Jahren, und daß wir in Geldmitteln gut dastehen wollen, so kann man dies ja nur als Füllvorze betrachten, die nicht zu verwerfen ist. Aber der Anstoß der kleinen Mitgliedschaften wird wohl der sein, daß, nachdem die drei größeren Städte ihre Lohnkämpfe mit 35 Pf. Wochensteuer durchgeführt haben, jetzt die kleineren Städte mit weniger Lohn 45 Pf.

Beitrag zahlen müssen, um in die Bewegung eintreten zu können. Vielleicht hätte auch eine Erhöhung um 5 Pf., wie 1896, genügt.

Folgende Resolution wurde gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die heute am 3. November stattfindende Versammlung kann sich mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes und Ausschusses, „Erhebung einer Extrasteuer von 10 Pf. bis Juni 1901“, nicht ganz einverstanden erklären, denn nachdem die drei großen Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart ihre Lohnkämpfe mit einem Beitrag von 35 Pf. errungen haben, kämen die kleineren Mitgliedschaften daran, ihre Lage zu verbessern. Aber um die Lohnverhältnisse aufzubessern, sollen dieselben 45 Pf. Beitrag entrichten.

Da wir eine junge Mitgliedschaft sind und mit Mühe die jetzige Zahl (100) erreicht haben, würden wir einen eventuellen Rückgang zu verzeichnen haben.

Deshalb protestieren wir in unserem eigenen Interesse dagegen.“

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem vielbesprochenen Vorkommnis in der Werkstube Thos & Gushurst. Der erste Vertrauensmann dieser Werkstube wurde indirekt, wohingegen sein Nachfolger direkt gemahnt wurde. Der Bevollmächtigte wurde nach eingeholter Instruktion vom Verbandsvorstand bei vorgenannter Firma vorstellig, um eventuell die Zurücknahme der Kündigung zu veranlassen, jedoch ohne Resultat. Die Chef's gaben das Versprechen ab, daß sie nie gegen Verbandsmitglieder vorgehen wollen. (Na, na!) Es wurden noch Angriffe gegen den Werkführer dieser Werkstube laut; derselbe wohnte der Versammlung bei und rechtfertigte sich selbst.

Zum Schlusse möchte ich den Kollegen ans Herz legen, was sie ja immer wieder hören müssen, haltet fest an den Vorläsen, mit welchen ihr in den Verband eingetreten seid.

Charlottenburg. Am 16. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wurde Kollege Hilbert als provisorischer Vorsitzender an Stelle des Kollegen Besch gewählt.

Die Versammlung hatte sich zunächst mit dem Verhalten des Kollegen Keil zu beschäftigen, der während des Streits Streiberechdienste geleistet hatte. Es entspann sich eine lebhafteste und erregte Debatte über das Benehmen des Keil und wurde schließlich derselbe nach § 6 b des Statuts ausgeschlossen. Als weitere wichtige Sache war zu erledigen ein Antrag des Delegierten vom Gewerkschaftsartikel, betreffs fester Beiträge der einzelnen Gewerkschaften an das Kartell, und wurde beschlossen, pro Mitglied und Jahr 20 Pf. zu steuern.

Am 20. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Vortrag: „Gewerkschaftliches, Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate“. Referent: Der Vorsitzende vom Gewerkschaftskartell, Otto Flemming. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

(Der Geschäfts- und Kassenbericht kann Umstände halber erst später erscheinen. Der Schriftführer.)

Der Vortrag des Genossen Flemming wurde mit großem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Sodann wurde diskutiert über unser bevorstehendes Herbstvergütungen, das in letzter Stunde noch geändert werden mußte, weil das Lokal geschlossen ist. Das Vergütungskomitee hat weitere Veränderungen zu treffen.

Zum Schlusse wurde beschlossen, der Zahlstelle Wlwershof zu ihrem Stiftungsfest ein Glückwunschtelegramm zu schicken.

Tititz (Spreußen). Nach langer Zeit giebt die hiesige Zahlstelle ein Lebenszeichen von sich. Abseits von dem Leben und Treiben der Verbandskollegen, von dem Ringen und Schaffen derselben nur durch dieses Blatt unterrichtet, gaben wir unsere volle Zustimmung kund und erklären uns eins mit den Kämpfenden.

Der Mitgliederstand am Orte ist und bleibt immer derselbe; diejenigen, welche uns nicht angehören, sind schwer für uns zu gewinnen. Ein Wechsel findet selten statt. Jeder sieht das zu erhalten was er hat. Die Verhältnisse können aber durchaus keine schlechten genannt werden. Von neun Buchbindereien werden nur in drei, die zugleich Druckereien besitzen, Kollegen beschäftigt. Wönnen sowie Arbeitszeit lassen noch Manches zu wünschen übrig, aber mit so manchem größeren Orte, in welchem vielleicht ein zehnfache Anzahl Kollegen beschäftigt werden, können wir uns dreist messen, ja ich glaube, wir haben wohl so Manches noch voraus.

In eine Lohnbewegung könnte hier nicht ohne Schwierigkeiten eingetreten werden, weil sofort ein Zutritt von Nichtorganisirten zu befürchten wäre.

Die Zahlstelle hielt am 27. Oktober ihre Monatsversammlung ab. Für den zum Militär eingezogenen Kassier Kollegen Raichall wurde Kollege Gollerlapp gewählt. Da es uns in den Versammlungen an rednerischen Kräften mangelt, tagen dieselben auch nicht lange, was stets als ein Uebel von den Kollegen angesehen wird.

Die Versammlung nahm Kenntnis von einem Schreiben unseres Verbandskollegen Stangenberg aus Gumbinnen. Derselbe führt Beschwerde über das Verhalten der Redaktion unserer Zeitung. Einen Bericht für dieselbe, in welchem die Zustände eines vorigen Geschäfts wahrheitsgemäß beleuchtet wurden, ist leider nicht aufgenommen worden. Warum solches nicht geschehen, konnte die Versammlung nicht fassen und führt auch an dieser Stelle ganz entschieden Beschwerde darüber. Wir hoffen jedoch, daß dem Mitglied Gerechtigkeit noch zu Theil werde.

Weiter sprach sich die Versammlung einstimmig mißfällig über die erhobene Extrasteuer von 10 Pf. aus, da solche gerade für unsere Verhältnisse allzu hoch gegriffen ist.

Da jetzt Tititz als Gauvorort bestimmt ist und wir nun in eine kräftige Agitation treten wollen, ist uns diese dadurch ganz bedeutend erschwert.

Königsberg mit einer großen Zahl Kollegen ist schon auf lange Zeit für uns verschlossen gewesen; nur ein Mitglied zählt dieser Ort, hieran wollen wir nun unsere ganze Kraft setzen und versuchen, eine Zahlstelle zu gründen; glückt uns solches, so ist es für ganz Ostpreußen von großer Bedeutung. Und wäre es auch noch möglich, eine große Anzahl Kollegen derselben zuzuführen und dauernd zu erhalten, so könnten die hiesigen Kollegen auch einmal daran denken, mit Forderungen heranzutreten.

Deshalb, Königsberger, wachet auf und schließt Euch unserem Verband an!

Zuschau.

* **Internationale Streitstatistik.** Die Zahl der Streiks in Deutschland, Frankreich und England ist nach der Zusammenstellung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ von 182 im August auf 118 im September zurückgegangen. Große Kämpfe fehlten in den europäischen Ländern im Berichtsmonat fast gänzlich. Nur in Barcelona wird die Zahl der streikenden Textilarbeiter auf 18000 angegeben. Hingegen wurde Amerika von einem Kohlengräberstreik, der den Arbeitsmarkt empfindlich in Mitleidenschaft zieht, betroffen. Der Streik hat am 17. September begonnen und bis Ende Oktober fortgedauert. Von 39 Gruben der Reabing Company sind nur noch 13 im Betrieb. Die Zahl der Streikenden stieg bis zu 30000.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieck Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 5.

„Soziale Praxis“, Zentralblatt für Sozialpolitik. (Herausgeber Dr. Ernst Franke in Berlin.) Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 4.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) ist uns Nr. 23 des 10. Jahrganges zugegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.
Detmold: Vertrauensmann Karl Arning, Oberstr. 26.
Hanau: Carl Lang, Gärtnerstraße 35/37.
Jahr i. W.: Karl Schläger, Kaiserstraße 11.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahl.

Erlangen. Z. Karl Strodtbeck, im Gasthaus Volkert, Engelstraße 20; von 12—1 und 7—8 Uhr, Sonntags von 12—1 Uhr. M. 16,20 Mk. Az. 10 St.
Frankfurt a. M. Z. A. Jm. „Gewerkschaftshaus“, Bornigasse 11; von 1—2 und 7 1/2—8 1/2 Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr Mittags. (Nicht lokale Unterstützung.) M. 12 Mk. Az. 9—11 St.
Blauen i. Voigtl. Z. A. Paul Gollerung, Jägerstraße 57 II; von 12—1 und Abends 7 Uhr.

Briefkasten.

H. H. in Hamburg. Veränderung im Adressenverzeichnis bisher nicht eingegangen.
S. H. in F. Versuchen Sie es mit etwas Maun im Kleister.
Zurückgestellt: Berichte aus Bremen, Straßburg und Mauen.

Abrechnungen

für das 3. Quartal sind bei der Verbandskasse vom 31. Oktober bis 6. November eingelaufen: Von Augsburg mit 40 Mk., Barmen 130 Mk., Darmstadt 27,45 Mk., Erlangen 178,49 Mk., Kaufbeuren 55,33 Mk., Konstanz — Mk., Krefeld 248,04 Mk., Ludenwalde 43,28 Mk., Lübeck 73,81 Mk., Magdeburg 196,64 Mk., Posen 40,51 Mk., Reutlingen 112,14 Mk., Straßburg 100 Mk., Stuttgart 1657,97 Mk. und von Gau 4 mit 113,54 Mk.
E. Hauelsen.

Quittung.

Für die Ausgesperrten sind weiter bei der Verbandskasse eingegangen: Von Ablershof 26,10 Mk., Dortmund 80 Mk., Frankfurt a. M. 81,60 Mk., Gera 11,50 Mk., Jena 18,95 Mk., Ludenwalde 17,80 Mk., Lübeck 10 Mk. und von Reutlingen 31,10 Mk. Zusammen 277,05 Mk. Gesamtsumme der bis zum 5. November eingegangenen Gelder 6263,52 Mk.
E. Hauelsen.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Leipzig.
635] **Verwaltungsstelle Hamburg.** [1,50

Sonnabend den 10. November, Abends 9 Uhr, im Restaurant „Zur Karlsburg“, Curienstraße 11

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
- 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Sonnabend den 17. November

Herbst-Vergnügen zum Besten der Ausgesteuerten

im Albertgarten,

636] **Leipzig-Anger,** [4,00
bestehend in

Concert und Ball.

Ausgeführt von der **Freien Musikervereinigung**

unter Mitwirkung des

Buchbinder-Männerchors.

Einlaß 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

NB. Programme à 25 Pf. sind bei sämtlichen Vertrauensmännern, sowie im Kassenlokal und bei Herrn **B. Hentschel, Leipzig-Anger, Zweinaundorferstraße 22, H. II,** zu haben.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Stuttgart.

Am 28. September starb nach langer Krankheit unser Kollege [1,20

Julius Lais

aus Gebfack im Alter von 28 Jahren.

Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

637]

Der Vorstand.

Zahlstelle Stuttgart.

Montag den 12. November, Abends 8 Uhr,

Versammlung

in „Gewerkschaftshaus“, Ghlingerstraße. 638] **Tagesordnung:** [2,50

- 1. Die Zühne, deren Bedeutung in der Ernährung, deren Pflege und Ertrag. Vortrag von Herrn **Hau n,** Dentist.
- 2. Gewerkschaftsbericht.
- 3. Fragekasten. — Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zahlstelle Köln.

Das Winter-Fest

findet nicht am 11. November, sondern am **2. Dezember** statt. 639] [0,70

Zahlstelle Barmen.

Kollege Fleming wird ersucht, das ge- 640] **retour zu schicken.** [0,50

Die Zahlstelle **München** ersucht um Zusendung der in den verschiedenen Städten, wo Lohnbewegungen stattgefunden haben, herausgegebenen Flugblätter, Zirkulare, Fragebogen, Statistikk zc. an die Adresse:

Joseph Deh, Rottawstraße 3 II.

Unsere lieben Kollegen **Paul Eilenberger** und **Rudolf Wagenknecht** zu ihrer Abreise ein [0,50

„Herzliches Lebewohl!“ 641] **Die Verbandskollegen Koburgs.**

Düsseldorf.

Am **Sonntag** den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, feiert die hiesige Zahlstelle ihr [1,50

14. Stiftungs-Fest

im Lokale des Herrn **Peter v. d. Warth,** Neubrüdenstraße 12

bestehend in **Vokal- und Instrumental-Konzert, Theateraufführungen etc.**

mit darauffolgendem **geschlossenen Tanz-Kränzchen.**

Alle Kollegen von Nah und Fern, besonders unsere auswärtigen Mitglieder, ladet freundlichst ein

642] **Das Komitee.**

Orts-Krankenkasse der Buchbinder 643] und [4,00

verwandten Gewerbe in Berlin.

Ordentliche Generalversammlung

Montag den 19. November, Abends 8 Uhr, in **Feuersteins Salon,** Alte Jakobstraße 75.

Tagesordnung: 1. Verlesung der Protokolle. 2. Statutenänderung §§ 13 und 56. 3. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Beamtgehälter, ev. Anträge der Generalversammlung hierzu. 4. Erziehungswahl des Vorstandes: 2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer. 5. Wahl der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung. 6. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist nothwendig.

Der Vorstand.

Bernh. Jost, Schriftführer.
Georg Bähler, Vorsitzender.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 17. November

Familien-Unterhaltung

mit darauffolgendem **Tanz** für die Mitglieder mit ihren Angehörigen in **Dinkladers Saalbau.** Die Programme (zu freiem Eintritt berechtigt) sind bei sämtlichen Vertrauensleuten zu haben; für einzelnstehende Mitglieder in der nächsten Versammlung **Montag** den 12. November.

Anfang der Unterhaltung präzis 8 Uhr. Ende 2 Uhr. 644] **Einführungsrecht gestattet.** [3,60

Zu vollständiger Beteiligung ladet die Mitglieder mit ihren Familienangehörigen freundlichst ein

Der Vorstand.

Buchbinder-Männerchor München. 645] (Mitgl. d. Arbeiter-Sängerbundes.) [1,90

Sonntag den 18. November

Katharinen-Kränzchen,

bestehend in **Konzert, Gesang,**

komischen Vorträgen und Tanz

im Prachtsaale der „Alhambra“. Anfang 4 Uhr. Eintritt à 20 Pf.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Ausschuss.

Unsere Kollegen [1,50

G. Heider und C. Arning zu ihrer am 10. November stattfindenden

Vermählung

die besten Glückwünsche. 646] **Die Verbandskollegen Detmolds.**

Bahnmann, Glarmin, Deppe, Müller.

Schärfmesser, Steine, Riethstücken, Sämmel, ff. Streicheisen, Glättkolben, gut und preiswerth. [1,00

647] **F. Klement, Leipzig.**

Einige jüngere Etuis-Arbeiter

auf **Besetzungs** eingearbeitet, bei hohem Lohn und dauernder Stellung sofort gesucht. [2,80

Ebenso suchen wir einen **jüngeren Kartonnagen-Arbeiter,**

der im **Zuschneiden** etwas bewandert ist; demselben wäre Gelegenheit geboten, sich auch im Etuisfach auszubilden.

Offerten nimmt entgegen

648] **Gg. Häussler & Co., Schwab. Mühl.**

Schnittmacher,

gelbt im **Schräggoldschnitt** und **Bierschnitt** gegen hohen Lohn dauernd gesucht. [1,40

649.] **G. Rumler, Düsseldorf.**

Empfehle den werthen Kollegen und Kolleginnen meinen vorzüglich garantirt reihen 650.] [1,20

Cacao, feine Chocoladen

und **Confituren.**

Leipzig-Neudnik. G. Michael. Eckladen. Koblgarten und Alkenstraße. Eckladen.

Zur gefl. Beachtung! Für die laufende Nummer bestimmte Einsendungen sollen spätestens Dienstag früh der Redaktion zugegangen sein. Nur Annoncen können noch bis Dienstag Mittag Berücksichtigung finden.